



MASTERARBEIT | MASTER'S THESIS

Titel | Title

„Mitreden, mitgestalten, mitentscheiden – Eine Untersuchung der Kinder- und Jugendpartizipation in der Wiener Stadtplanung.“

verfasst von | submitted by

Monika Dockner BEd

angestrebter akademischer Grad | in partial fulfilment of the requirements for the degree of
Master of Education (MEd)

Wien | Vienna, 2026

Studienkennzahl lt. Studienblatt |
Degree programme code as it appears on the
student record sheet:

UA 199 510 520 02

Studienrichtung lt. Studienblatt | Degree pro-
gramme as it appears on the student record
sheet:

Masterstudium Lehramt Sek (AB) Unterrichtsfach Ge-
ographie und wirtschaftliche Bildung Unterrichtsfach
Mathematik

Betreut von | Supervisor:

Dr. Lucas Barning BA MA

Zusammenfassung

Die vorliegende Masterarbeit untersucht, wie die Beteiligung junger Menschen an stadtplanerischen Entscheidungsprozessen in Wien derzeit gestaltet ist und welche Qualität diese Beteiligung aufweist. Ausgangspunkt sind aktuelle Entwicklungen in der Stadtentwicklung, etwa zunehmende Kommerzialisierung, Privatisierung und der Vorrang des motorisierten Individualverkehrs. Dabei wird die eigenständige Raumnutzung von Kindern und Jugendlichen eingeschränkt und ihre Lebensqualität beeinträchtigt. Partizipation wird als ein zentrales Element kinder- und jugendgerechter Stadtentwicklung verstanden.

Trotz einer zunehmenden wissenschaftlichen Auseinandersetzung mit Kinder- und Jugendpartizipation und einer Vielzahl theoretischer Modelle zeigt sich in der Praxis jedoch weiterhin eine deutliche Umsetzungslücke. Die Daten legen nahe, dass dies unter anderem damit zusammenhängt, dass qualitätsvolle Beteiligung ein anspruchsvoller und ressourcenintensiver Prozess ist. Partizipative Initiativen benötigen klare Ziele, eine bewusste Auswahl und Anpassung von Methoden, systematische Evaluationsschritte sowie verbindliche rechtliche Rahmenbedingungen. Werden diese Anforderungen nicht erfüllt, besteht das Risiko, dass Beteiligungsformate nur symbolischen Charakter erhalten, bestimmte Gruppen ausschließen oder Frustration bei jungen Menschen erzeugen.

Empirisch richtet die Arbeit den Blick auf Partizipationsmöglichkeiten in Wien und untersucht exemplarisch die Kinder- und Jugendparlamente. Die Auswertung der Interviews deutet darauf hin, dass dieses Format eine relevante Zahl von Kindern und Jugendlichen erreicht und durch die Möglichkeit der freien Themenwahl wirkliche Einflusschancen auf den öffentlichen Raum eröffnet. Insgesamt deuten die Ergebnisse darauf hin, dass in Wien ein deutliches Bekenntnis zur Förderung von Kinder- und Jugendpartizipation besteht und diese auf normativer Ebene bereits gut verankert ist. Zugleich zeigen die Ergebnisse, dass bestehende Beteiligungsformate weiterentwickelt werden müssen, um Kinder und Jugendliche breiter, inklusiver und langfristig wirksam in die Stadtplanung einzubeziehen.

Abstract

This master's thesis examines how the participation of young people in urban planning decision-making processes in Vienna is currently organised and what quality this participation exhibits. It is situated against the backdrop of recent trends in urban development, such as increasing commercialization, privatization and the predominance of motorized individual transport, which restrict children's and adolescents' independent use of urban space and negatively affect their quality of life. Participation is understood as a key element of child- and youth-friendly urban development.

Despite growing academic engagement with child and youth participation and the existence of numerous theoretical models, a clear implementation gap remains in practice. The data suggest that this is partly due to the fact that meaningful participation is a demanding and resource-intensive process. Participatory initiatives require clearly defined goals, a careful selection and adaptation of methods, systematic evaluation procedures and binding legal frameworks. If these conditions are not met, there is a risk that participatory formats remain merely symbolic, exclude certain groups or generate frustration among young people.

Empirically, the thesis focuses on participation opportunities in Vienna and examines, as an illustrative case, the child and youth parliaments. The analysis of the interviews indicates that this format reaches a relevant number of children and adolescents and, by allowing them to choose topics freely, offers genuine opportunities to influence the public realm. Overall, the findings suggest that there is a strong commitment in Vienna to promoting child and youth participation and that this is already well anchored at the normative level. At the same time, the results show that existing participatory formats need to be further developed in order to involve children and young people more broadly, more inclusively and in a more sustainable way in urban planning.

Inhaltsverzeichnis

Zusammenfassung	0
Abstract	2
1. Einleitung.....	5
1.1 Aufbau der Arbeit	6
2. State-of-the-Art.....	7
2.1 Eine kindergerechte Stadt.....	7
2.2 Historische Entwicklungen von kinderfreundlichen Städten	9
2.2.1 Verhäuslichung	11
2.2.2 Verinselung.....	11
2.2.3 Institutionalisierung und Pädagogisierung	12
2.2.4 Mediatisierung und Kommerzialisierung	12
2.3 Die Aneignung urbaner Räume von Kindern und Jugendlichen.....	13
2.4 Der öffentliche Raum für junge Menschen	15
3. Theoretische Perspektiven von Partizipation	15
3.1 Partizipation im Kontext von Kindern und Jugendlichen	17
3.1.1 Rechtebasierter Ansatz	17
3.1.2 Bildungsbezogener Ansatz	19
3.1.3 Kinder und Jugendliche als kompetente Bürger:innen.....	20
3.2 Kinderfreundliche Stadtplanung.....	21
3.2.1 Kriterien für kinderfreundliche Stadtentwicklung	23
3.2.2 Umsetzung von Partizipation	25
3.3 Forschungslücke.....	33
4. Methodenteil	33
4.1 Forschungsfragen und deren Zieldimensionen	33
4.2 Operationalisierung der verwendeten Begriffe	34
4.3 Forschungsdesign.....	35
4.4 Framework	36

4.5 Eingesetzte Methoden	38
4.5.1 Literaturarbeit	38
4.5.2 Projektanalyse	39
4.5.3 Semi-strukturierte Expert:inneninterviews.....	41
4.5.4 Dokumentenanalyse	43
4.5.5 Auswahl der Expert:innen	44
4.5.6 Zusammenführung der Daten	45
4.6 Ziele und Reichweite der Forschung	46
6. Empirische Analyse.....	47
6.1 Kontexterläuterung der Stadt Wien	47
6.2 Vergleichende Analyse der Kinder- und Jugendparlamente.....	50
6.3 Partizipationsmöglichkeiten in Wien für junge Menschen	62
7. Diskussion	63
7.1 Wirksame, nachhaltige und altersgerechte Partizipationsprojekte in der Stadtplanung.	64
7.2 Ebenen der Mitbestimmung von Kindern und Jugendlichen in Wien.....	65
7.3 Perspektiven zur Weiterentwicklung der Mitbestimmung in Wien.....	68
8. Conclusio: Zusammenfassung und Ausblick.....	70
Literaturverzeichnis.....	72
Abbildungs- und Tabellenverzeichnis	77
Anhang	78

1. Einleitung

Es leben derzeit mehr als ein Drittel der Kinder weltweit in urbanen Räumen, und diese Zahl wächst von Jahr zu Jahr, es wird geschätzt, dass 2050 70% der Kinder in Städten leben wird (Cordero-Vinueza et al., 2023:1). Das zunehmende Wachstum und die städtebaulichen Entwicklung des letzten Jahrhunderts haben dazu geführt, dass Kinder und Jugendliche zunehmend aus dem öffentlichen Raum verdrängt werden (Derr & Tarantini, 2016: 1535). Verschärft wird diese Entwicklung durch die Priorisierung des motorisierten Individualverkehrs, die die eigenständige Mobilität von Kindern und Jugendlichen stark einschränkt (Wilhelmsen et al., 2023:275). Die Verinselung von kindbezogenen Orten wie Spielplätzen und Parks trägt zu räumlicher und sozialer Trennung von der Erwachsenenwelt bei (Wilhelmsen et al., 2023: 276). Die Folgen wie Luft- und Lärmbelastung, Verkehrsunfälle sowie negative Auswirkungen auf die psychische und physische Gesundheit treffen dabei gerade Kinder und Jugendliche (Gill, 2021: 4).

Das Interesse an der Partizipation von Kindern und Jugendlichen am gesellschaftlichen Leben hat in den letzten Jahren deutlich zugenommen, insbesondere infolge der Ratifizierung der UN-Kinderrechtskonvention (CRC) im Jahr 1989. Während frühere internationale Erklärungen vor allem die Rechte von Kindern auf Versorgung und Schutz betonten, verweist die Kinderrechtskonvention in mehreren Artikeln ausdrücklich auf die Rechte von Kindern als Bürger:innen sowie auf ihr Recht auf Partizipation (Hultgren & Johansson, 2019: 375). Die Einbeziehung von Kindern in urbane Gesellschaften bedeutet, sie als gleichberechtigte Bürger:innen anzuerkennen mit dem Recht, sichtbar zu sein, sich auszudrücken und als selbstverständlicher Teil des öffentlichen Raums wahrgenommen zu werden. Kinder sollen als aktive Mitglieder der Gemeinschaft verstanden werden, in der sie leben (Derr & Tarantini, 2016: 276; Wilhelmsen et al., 2023: 1535). Dennoch bleiben Kinder in Planungsprozessen weiterhin marginalisiert, und es besteht bislang nur begrenztes Wissen darüber, wie ihre Partizipation wirksam gefördert werden kann (Wilhelmsen et al., 2023: 275).

Die Masterarbeit will deutlich machen, inwiefern Kinder- und Jugendpartizipation wirklich umgesetzt werden kann. Es soll untersucht werden, welche Optionen bestehen, jungen Menschen mehr Mitsprachemöglichkeiten zu geben und wie eine konkrete Umsetzung funktionieren kann.

1.1 Aufbau der Arbeit

Nach dem ersten Kapitel, das in die Thematik der Arbeit einführt und einen Überblick über den Aufbau gibt, bündelt Kapitel 2 den aktuellen Forschungsstand zur Kinder- und Jugendpartizipation in urbanen Planungsprozessen. Es beginnt mit Grundlagen der Partizipation sowie den Lebenswelten von Kindern und Jugendlichen in der Stadt, skizziert historische Entwicklungen und diskutiert die Aneignung urbaner Räume. Darauf aufbauend werden Paradigmen der geographischen Kinder- und Kindheitsforschung sowie zentrale Konzepte und Ansätze herausgearbeitet. Abschließend werden Kriterien kinderfreundlicher Stadtentwicklung und die Umsetzung von Partizipation zusammengeführt. Kapitel 3 (Methodenteil) leitet aus der Forschungslücke die Forschungsfragen ab und begründet die Methodenauswahl. Kapitel 4 (Empirische Analyse) analysiert die erhobenen Daten, vertieft und differenziert nach relevanten Kategorien. In Kapitel 5 (Diskussion) werden die empirischen Befunde mit der Literatur abgeglichen und analysiert, welchen Handlungsspielraum Kinder und Jugendliche in Wien im Rahmen der Stadtplanung haben; dabei werden Ansatzpunkte für Verbesserungen aufgezeigt. Kapitel 6 (Conclusio) fasst die zentralen Aussagen zusammen und gibt einen Ausblick auf weiteren Forschungsbedarf.

Die Arbeit ist vor dem Hintergrund aktueller stadt- und umweltpolitischer Herausforderungen besonders relevant. Kinder und Jugendliche sind in Städten in besonderem Maße von negativen Umwelteinflüssen, verkehrsdominierten Strukturen und dem Rückgang frei zugänglicher Aktionsräume betroffen, während die Stadtplanung vielerorts weiterhin stark autozentriert ausgerichtet ist. Gerade deshalb kommt einer wirksamen Partizipation junger Menschen in Planungsprozessen zentrale Bedeutung zu. Zwar ist Beteiligung rechtlich und programmatisch - etwa durch die UN-Kinderrechtskonvention und kommunale Strategien - breit verankert und es liegt eine umfangreiche theoretische Auseinandersetzung mit Kinder- und Jugendpartizipation vor, doch die praktische Umsetzung bleibt häufig hinter diesen Ansprüchen zurück. Hier setzt die vorliegende Arbeit an, indem sie zentrale Faktoren wirksamer, nachhaltiger und altersangemessener Partizipation systematisiert und diese theoretischen Kriterien am Beispiel der Kinder- und Jugendparlamente in Wien prüft. Dadurch leistet sie einen Beitrag dazu, die Diskrepanz zwischen normativem Anspruch und gelebter Praxis sichtbar zu machen und Ansatzpunkte für die Weiterentwicklung konkreter Beteiligungsformate aufzuzeigen.

Forschungsfragen:

1. Wie können partizipative Projekte in der Stadtplanung mit Kindern und Jugendlichen gestaltet werden, damit sie wirksam, nachhaltig und altersgerecht umgesetzt werden können?
2. Welche Mitbestimmungsmöglichkeiten haben Kinder und Jugendliche in der Wiener Stadtentwicklung und welche Veränderungen sind nötig, um Mitbestimmung auf verschiedenen Ebenen zu sichern?

2. State-of-the-Art

Das Kapitel bietet einen Überblick über die theoretischen Grundlagen dieser Arbeit. Es beginnt mit einer Darstellung des aktuellen Wissensstandes zu einer lebenswerten Stadt für Kinder und Jugendliche. Dann wird der Begriff Partizipation im Kontext der geographischen Fachdisziplin näher erläutert, darauf aufbauend werden verschiedene theoretische Zugänge innerhalb der geographischen Kindheitsforschung vorgestellt. Zum Schluss wird die zentrale Forschungslücke erläutert.

2.1 Eine kindergerechte Stadt

Die Gestaltung städtischer Räume unter dem Gesichtspunkt einer kindergerechten Stadt hat in den letzten Jahrzehnten zunehmend an Bedeutung gewonnen. Kindergerechte Städte schaffen urbane Lebensräume, die Rücksicht auf Bedürfnisse, Rechte und Lebensrealitäten von Kindern nehmen. Dieses Anliegen ist nicht nur im Sinne einer besseren Lebensqualität relevant, sondern eng mit dem Anspruch verknüpft, Kinder als aktive Mitgestalter:innen der Gesellschaft ernst zu nehmen und ihnen Partizipationsmöglichkeiten zu eröffnen (Ghafoor-Zadeh & Schreiber: 224, 2021; UNICEF, 2004).

Historisch betrachtet sind die Kindheit und das Konzept der kinderfreundlichen Stadt kein einheitliches Konzept. Vielmehr handelt es sich um eine sozial und kulturell konstruierte Lebensphase, deren Wahrnehmung und Gestaltung sich über die Jahrhunderte erheblich gewandelt hat (Oswald, 2018: 15). Kinder treten im öffentlichen Raum nicht in gleicher Weise in Erscheinung wie Erwachsene und sind auch in städtischen Gestaltungs- und Entscheidungsprozessen deutlich weniger präsent. Diese weitgehende Unsichtbarkeit von

Kindern im urbanen Kontext ist wesentlich auf tiefgreifende Stadtumbauprozesse der Nachkriegszeit zurückzuführen (Schreiber & Ghafoor-Zadeh, 2022: 228).

Im Zuge der Industrialisierung und der Verstädterung im 19. Jahrhundert wurden Kinder zunehmend aus dem öffentlichen Raum verdrängt. Gerade die Fokussierung auf das Auto in Städten führte zu einer massiven Einschränkung für Kinder- und Jugendliche (Gill, 2021: 4). Autogerechte Städte führen zu einer Verschlechterung der Stadtqualität, durch weite Wege und hohe Flächeninanspruchnahme haben viele Menschen keinen ausreichenden Zugang zu Natur, Parks, Geschäften, Schulen oder Bibliotheken. Bei der Stadtplanung wurde der Fokus stärker auf die Mobilitätsbedürfnisse des Autoverkehrs gelegt als auf das Wohlergehen und die Lebensqualität von Kindern (Gill, 2021: 6). Die Straße, einst selbstverständlicher Lebens- und Spielraum für Kinder, wurde durch diese Entwicklungen zunehmend als gefährlicher Ort betrachtet, der staatlicher und pädagogischer Kontrolle bedurfte (Oswald 2018: 20).

Dabei hat die Gestaltung städtischer Räume maßgeblichen Einfluss darauf, wie Kinder aufwachsen, sich entwickeln und am gesellschaftlichen Leben teilhaben können. Kinder sind nicht nur aufgrund ihrer Vulnerabilität zu schützen, sondern auch, weil sie systematisch von politischen Entscheidungsprozessen ausgeschlossen sind (Gill, 2021: 27).

Dieses mangelnde Bewusstsein sorgt dafür, dass Städte als Ort für Arbeitsaktivitäten, Konsum oder Transportbedürfnisse betrachtet werden. Die Bedürfnisse von Kindern werden häufig übersehen, was mit großen negativen Auswirkungen einher geht. Denn in städtischen Räumen besteht ein erhöhtes Risiko für Bewegungsmangel, Lärm- und Schadstoffbelastung sowie psychische Belastungen durch Enge und Reizüberflutung (Sapsaglam & Eryilmaz, 2024:2). Naturerfahrungen wirken hier als positiver Gegenpol. Studien zeigen, dass selbst kurze Aufenthalte in naturnahen Umgebungen das emotionale Befinden verbessern, Stress reduzieren und die kognitive Leistungsfähigkeit steigern. Vergleiche zwischen Spaziergängen in der Stadt und in der Natur zeigen deutlich, dass Naturerfahrungen mit mehr positiven Emotionen, geringerer Angst und besserer Selbstregulation einhergehen (Bratman et al., 2015:46). Berman et al. betonen in diesem Zusammenhang, dass die Verfügbarkeit von Natur als fundamentale Voraussetzung für kognitive Leistungsfähigkeit betrachtet werden muss (Berman et al., 2008: 1211). Körperliche Aktivitäten in der Natur tragen zur Prävention von Krankheiten wie Adipositas, Diabetes oder Herz-Kreislauf-Erkrankungen bei und zusätzlich fördern sie auch psychische Gesundheit, Konzentrationsfähigkeit, Selbstregulation und die kognitive Entwicklung (Gill, 2021: 28).

Neben gesundheitlichen Aspekten spielt auch Nachhaltigkeit eine zentrale Rolle. Kinderfreundliche Stadtteile bringen ökologische und soziale Nachhaltigkeit zusammen. Sie sind grün, verkehrsberuhigt, bieten sicheren Zugang zu öffentlichen Räumen und fördern aktive Mobilität. So wie im Stadtteil Vauban in Freiburg zeigt sich, dass kinderfreundliche Quartiere vielfach auch nachhaltige Quartiere sind, mit kurzen Wegen, geringer Umweltbelastung und hoher Lebensqualität (Gill, 2021: 30). Frühzeitige Erfahrungen mit aktiver Mobilität und Naturbezug stärken darüber hinaus langfristig nachhaltige Haltungen und Verhaltensweisen. Bildung für nachhaltige Entwicklung umfasst daher auch, Kindern und Jugendlichen die aktive Mitgestaltung einer zukunftsfähigen Welt zu ermöglichen (Derr et al., 2018: 9).

Darüber hinaus stärken kinderfreundliche Räume den sozialen Zusammenhalt. Planerische Merkmale wie Durchmischung, Aufenthaltsqualität und Erreichbarkeit zu Fuß fördern soziale Interaktionen, Vertrauen und ein erhöhtes Sicherheitsgefühl in der Nachbarschaft. Studien zeigen etwa, dass durchmischte und gut begehbare Stadtviertel eine höhere soziale Verbundenheit und weniger Verhaltensauffälligkeiten bei Kindern aufweisen (Gill, 2021: 31). Eine kindgerechte Stadtentwicklung ist daher ein grundlegender Bestandteil einer zukunftsfähigen, gerechten und lebenswerten Gesellschaft.

2.2 Historische Entwicklungen von kinderfreundlichen Städten

In der wissenschaftlichen Literatur werden die Begriffe „kinderfreundlich“, „Kinderrechte“ und „kinderfreundlicher Raum“ weitgehend anhand der Definitionen der Child Friendly Cities Initiative sowie der UN-Kinderrechtskonvention als vorgegebene Standards und theoretische Ausgangspunkte behandelt (Cordero-Vinueza et al., 2023:2). Im folgenden Abschnitt werden zentrale Entwicklungen in Bezug auf das Verständnis von Kindheit umrissen. Denn die Idee der kindgerechten Stadt ist untrennbar mit der historischen Entwicklung des Kindheitsbegriffs verbunden.

Kindheit ist kein universelles biologisches Stadium, sondern eine gesellschaftlich und kulturell definierte Lebensphase, deren Bedeutung und Ausgestaltung sich über die Jahrhunderte grundlegend gewandelt hat (Ghafoor-Zadeh & Schreiber, 2021; Oswald, 2018: 15). Frühmoderne europäische Gesellschaften kannten kaum eine institutionalisierte Vorstellung von Kindheit. Kinder galten als „kleine Erwachsene“ und nahmen selbstverständlich am öffentlichen Leben teil. Philippe Ariès (1960) machte in seiner „Geschichte der Kindheit“ deutlich, dass bis ins 16. und 17. Jahrhundert hinein weder Kindheit als eigenständige

Lebensphase anerkannt war noch spezifische pädagogische oder räumliche Schutzmaßnahmen existierten (Bühler, 2012:111).

Erst mit der Herausbildung des modernen bürgerlichen Familienideals ab dem 18. Jahrhundert setzte sich ein differenziertes Verständnis von Kindheit als schützenswerter Lebensabschnitt durch (Oswald, 2018: 19). Diese Entdeckung der Kindheit ging mit einem neuen Familienbild einher, das emotionale Nähe, moralische Erziehung und die Abgrenzung des Kindlichen von der Erwachsenenwelt betonte. Im Zuge der Aufklärung gewann zudem die Idee der planbaren Erziehung an Bedeutung. Bildung wurde zunehmend als zentrales Mittel zur Formung des kindlichen Charakters betrachtet (Ghafoor-Zadeh & Schreiber, 2021:62). Bis weit ins 20. Jahrhundert hinein waren die Lebensverhältnisse von Kindern stark durch ihre soziale Herkunft geprägt. So hatten Kinder wohlhabender Familien zwar Zugang zu Bildung, wurden jedoch oftmals mit repressiven erzieherischen Praktiken konfrontiert, die rückblickend als „schwarze Pädagogik“ bezeichnet werden. Kinder aus ärmeren Schichten hingegen waren von wirtschaftlichen Veränderungen besonders betroffen, etwa durch neue Formen der Kinderarbeit in Fabriken oder im häuslichen Umfeld (Kränzl-Nagl & Mierendorff, 2007: 10).

Gegen Ende des 20. Jahrhunderts lässt sich eine zunehmende Vereinheitlichung kindlicher Lebensverhältnisse beobachten. Kindheit erscheint homogener als früher: Alle Kinder besuchen Bildungseinrichtungen, wachsen meist im familiären Umfeld auf, profitieren vom allgemeinen Wohlstand und von sozialer Absicherung. Freizeit gewinnt an Bedeutung als Raum der Selbstentfaltung, während Massenmedien und die kindbezogene Konsumkultur soziale Unterschiede scheinbar nivellieren (Kränzl-Nagl & Mierendorff, 2007: 13).

Diese Entwicklungen bringen viele positive Aspekte mit sich - insbesondere im Hinblick auf Bildungschancen und den rechtlichen Schutz von Kindern. Dennoch bestehen nach wie vor erhebliche soziale Ungleichheiten, vor allem zwischen arm und reich. Zudem haben diese Veränderungen nicht nur förderliche Effekte, sondern auch tiefgreifende Auswirkungen auf die Art und Weise, wie Kinder sich städtische Räume aneignen können. Im nächsten Abschnitt werden deshalb zentrale gesellschaftliche Entwicklungen wie Verhäuslichung, Vereinzelung, Institutionalisierung, Pädagogisierung, Mediatisierung und Kommerzialisierung näher analysiert. Sie zeigen, wie sich das Verständnis von Kindheit gewandelt hat und wie sich dieser Wandel direkt auf die Räume auswirkt, in denen Kinder heute leben.

2.2.1 Verhäuslichung

Die Verhäuslichung beschreibt den Prozess einer Verschiebung kindlicher Lebenswelten, bei der Aktivitäten und Erfahrungen von Kindern zunehmend aus dem öffentlichen Raum in geschützte, oft überdachte Innenräume verlagert werden. Diese Entwicklung ist eng mit einer vermehrten strukturellen Kontrolle von Kindern verbunden, die zunehmend die individuelle elterliche Aufsicht ersetzt. In modernen Gesellschaften wird die Erziehung und Überwachung von Kindern vermehrt durch institutionelle und gesellschaftliche Strukturen übernommen, etwa durch Schulen, Betreuungseinrichtungen oder organisierte Freizeitangebote. Parallel dazu findet eine räumliche Trennung von Kindern und Erwachsenen in verschiedenen Lebensbereichen statt (Zinnecker, 1990:146).

Zinnecker unterscheidet dabei drei Raumtypen: den privaten Bereich, den familiären Bereich und institutionalisierte Lern- und Unterrichtsräume. Kinder halten sich heute vermehrt in überdachten, öffentlichen oder halböffentlichen Räumen auf, darunter Kinderzimmer, Klassenzimmer, Sporthallen, Einkaufszentren oder Autos (Zinnecker, 1990:146).

2.2.2 Verinselung

Funktionstrennungen, Handeln in spezialisierten Räumen, Fixierungen von Handlungsvorgaben an Orte und Dinge durch funktionale Determination haben seit den 1960er Jahren zu einer Verinselung des Lebensraumes und der Beziehungen geführt. Kindheit wird räumlich und zeitlich neu strukturiert, die territoriale Bindung an das Quartier wird abgeschwächt. Stattdessen nimmt die Abhängigkeit von den Möglichkeiten kommerzieller Angebote und pädagogischer Einrichtungen zu, die wie Inseln über das Stadtgebiet verteilt sind (Muri & Friedrich, 2009: 51).

Die zunehmende Funktionalisierung des öffentlichen Raums für Verkehr, Konsum und Dienstleistungen hat in den letzten Jahrzehnten tiefgreifende Veränderungen in der alltäglichen Lebenswelt von Kindern mit sich gebracht (Kränzl-Nagl & Mierendorff, 2007:16).

Diese Entwicklung ist eng mit einem bestimmten Bild von Kindheit verknüpft: Kinder galten lange nicht als eigenständige, handlungsfähige Subjekte, sondern vor allem als schutzbedürftige Wesen, die es von den potenziellen Gefahren des städtischen Raums fernzuhalten galt (vgl. Oswald, 2018: 19). Erste pädagogische und planerische Maßnahmen konzentrierten sich daher auf die Gestaltung sicherer, abgegrenzter Räume. Parks, Schulhöfe und Spielplätze wurden zu

zentralen Orten kindlicher Entwicklung. Damit begann eine räumliche Ordnung, die auf die Verinselung von Kindheit hinauslief (Blinkert, 2017: 31). Diese Entwicklung führte gleichzeitig dazu, dass Kinder in ihrer Alltagsmobilität auf ihre Eltern angewiesen sind und zunehmend aus dem öffentlichen Raum verschwinden (Schreiber & Ghafoor-Zadeh, 2022: 229). Die Verinselung ist somit eng verbunden mit Prozessen der Institutionalisierung und Pädagogisierung von Kindheit.

2.2.3 Institutionalisierung und Pädagogisierung

Ob Schule, Kindertageseinrichtung, Hort, Spielplatz oder Verein - an all diesen Orten begegnen Kinder pädagogischen und politischen Programmen, die einerseits dem Schutz vor unerwünschten gesellschaftlichen Einflüssen dienen, sie andererseits aber auch auf ihre zukünftigen Rollen und Pflichten vorbereiten sollen (Schreiber & Ghafoor-Zadeh, 2022: 229). Diese Entwicklung ist Teil eines umfassenden gesellschaftlichen Wandels, der im Begriff „Pädagogisierung“ gefasst wird. Damit ist die zunehmende Durchdringung kindlicher Lebenswelten mit bildungs- und erziehungsbezogenen Anforderungen gemeint. Kindheit wird dabei nicht mehr primär als eigenständige Lebensphase verstanden, sondern als gezielt zu gestaltender Entwicklungsprozess. Werte wie Selbstverwirklichung und individuelle Entfaltung treten an die Stelle von Gehorsam und Anpassung. Gleichzeitig verschiebt sich das Verhältnis zwischen Eltern und Kindern von autoritärer Erziehung hin zu einer beziehungsorientierten Begleitung. Diese Tendenzen zeigen sich nicht nur im familiären Alltag, sondern auch im institutionalisierten Freizeit- und Betreuungsbereich, wo professionelle Förderangebote traditionelle Formen kindlicher Selbstgestaltung zunehmend ersetzen. Pädagogisierung spiegelt ein gesellschaftliches Verständnis von Kindheit als Zukunftsinvestition wider, welche in der Bildung als Schlüssel zu sozialer Teilhabe und wirtschaftlicher Wettbewerbsfähigkeit gilt (Kränzl-Nagl & Mierendorff, 2007: 15-16).

2.2.4 Mediatisierung und Kommerzialisierung

Seit den 1960er-Jahren hat die zunehmende Verbreitung medialer Technologien Einfluss auf die Lebenswelt von Kindern und Jugendlichen genommen. Dieser Wandel wird als Mediatisierung von Kindheit bezeichnet (Kränzl-Nagl & Mierendorff, 2007: 17). Medien sind ein fester Bestandteil der heutigen Kinder, sie prägen Kommunikation, Freizeitverhalten sowie das Weltbild junger Menschen. Mit der Mediatisierung geht auch eine Internationalisierung und Globalisierung von Kindheit einher. Kinder und Jugendliche können nationale Grenzen

überschreiten und neue Formen der Teilhabe und Identitätsbildung erfahren (Kränzl-Nagl & Mierendorff, 2007: 18). Jugendliche übernehmen dabei zunehmend aktive Rollen im medialen Raum, die weit über das Jugendalter hinauswirken (Muri & Friedrich, 2009: 65).

Parallel zur Mediatisierung ist auch eine Kommerzialisierung von Kindheit zu beobachten. Kinder gelten als eigene Zielgruppe mit spezifischen medialen Bedürfnissen, für die eigens Produkte entwickelt werden. Werbestrategien wie Product Placement, Sponsoring oder Merchandising verfolgen das Ziel, Kinder frühzeitig an bestimmte Marken zu binden und sie als Konsument: innen in ein global vernetztes Markenuniversum einzuführen (Paus-Hasenbrink & Kulterer, 2013: 52).

2.3 Die Aneignung urbaner Räume von Kindern und Jugendlichen

Der öffentliche Raum ist für Kinder und Jugendliche von zentraler Bedeutung, da er nicht nur Bewegungs- und Begegnungsraum darstellt, sondern auch als Ort der Identitätsbildung fungiert und dazu dient, die Rolle in der Gesellschaft zu finden (Muri & Friedrich, 2009: 188). Infolge zunehmender baulicher Verdichtung und dem damit verbundenen hohen Nutzungsdruck steht heute weniger Raum zur Verfügung (Jansson et al., 2022:13). Dadurch werden die Freiflächen häufig nicht in der erforderlichen Qualität gestaltet und bestimmte Angebote, wie naturnahe Spielbereiche, fehlen gänzlich. Dies wirkt sich auch auf die Möglichkeit von Kindern, ihre Umgebung selbstständig zu erkunden aus. Verstärkt wird dieser Rückgang auch durch die wachsenden Ängste der Eltern, etwa vor Verkehrsunfällen oder Fremdgefährdung (Derr et al., 2018:6 ; van der Graaf, 2020: 7).

Die Art und Weise, wie sich Kinder und Jugendliche Raum aneignen, ist dabei stark altersabhängig. Während in der frühen Kindheit vor allem emotionale Bindungen an Bezugspersonen im Vordergrund stehen, gewinnt im mittleren Kindheitsalter die räumliche Umwelt an Bedeutung. In der Übergangsphase zur Adoleszenz rücken soziale Beziehungen und das Bedürfnis nach eigenständig gestalteten Begegnungsräumen zunehmend in den Fokus. Aneignung bedeutet in all diesen Phasen nicht lediglich die Nutzung vorhandener Infrastruktur, sondern stets einen aktiven, kreativen und selbstbestimmten Prozess, durch den Kinder soziale Teilhabe erfahren und Selbstwirksamkeit erleben (Muri & Friedrich, 2009: 50).

Besonders bedeutsam ist dieser Prozess für Kinder im Alter zwischen fünf und neun Jahren, betont Blinkert (2017). In dieser Entwicklungsphase beginnt die allmähliche Ablösung vom elterlichen Umfeld und der Wunsch nach selbstständigen Erfahrungen im Wohnumfeld nimmt

zu. Das freie, unbeaufsichtigte Spielen mit Gleichaltrigen im Freien stellt in diesem Zusammenhang eine zentrale Ressource für die kindliche Entwicklung dar. Blinkert bezeichnet solche Räume, in denen Kinder eigenständig agieren können, als Aktionsräume. Sie zeichnen sich durch vier grundlegende Merkmale aus: Gefahrlosigkeit, Zugänglichkeit, Gestaltbarkeit und Interaktionsmöglichkeit (Blinkert, 2017: 28). Aktionsräume ermöglichen nicht nur körperliche Bewegung, sondern fördern auch soziale Kompetenzen, Risikokompetenz, Kreativität und Selbstständigkeit.

Die Forschung von Blinkert zeigt deutlich, dass die im vorherigen Kapitel beschriebene Verinselung kindlicher Lebenswelten direkte Auswirkungen auf die Aneignung von Räumen und damit auf die Entwicklungschancen von Kindern hat. Besonders betroffen sind Kinder aus einkommensschwachen Familien. Der eingeschränkte Zugang zu qualitativ hochwertigen Aktionsräumen verstärkt bestehende soziale Ungleichheiten, da betroffenen Kindern zentrale Erfahrungsräume fehlen, die für die Entwicklung von Selbstständigkeit, Risikokompetenz und sozialer Teilhabe wesentlich sind (Blinkert, 2017: 38).

Die Qualität des Wohnumfelds ist wichtig für den Handlungsspielraum und die Entwicklungsmöglichkeiten von Kindern. Dabei reicht es nicht aus, lediglich sichere und funktionale Räume für Kinder zu schaffen, vielmehr müssen Räume entstehen, die Kindern echte Aneignung dieser Räume, Selbstbestimmung und kreative Nutzung ermöglichen (Kogler, 2019: 11).

Kogler entwickelt drei Typologien zur systematischen Differenzierung urbaner Kinderräume:

1. Typologie I - Raumtypen: Unterscheidung zwischen Räumen für Kinder (fremdbestimmt) und Räumen der Kinder (selbst angeeignet).
2. Typologie II - Verortung im Stadtgefüge: Nahbereiche und Wege (alltägliche Umgebung), institutionelle Orte (z. B. Schule, Verein), periphere oder temporäre Freizeiträume (z. B. Ausflugsorte, Parks).
3. Typologie III - Nutzung und Zugänglichkeit: Öffentliche Freiräume, temporär zugängliche Orte, institutionelle Räume und schwer zugängliche, zu erobernde Räume.

Zentraler Begriff ist die Raumaneignung, die als prozessorientierter, kreativer und subjektiver Vorgang verstanden wird. Kinder gestalten Räume um, schaffen neue Bedeutungen und entwickeln symbolische Aneignungsformen. Dabei entsteht durch Rekonstruktion ein

Übergang vom Raum für Kinder zum Raum der Kinder, etwa wenn Spielplatzgeräte anders als vorgesehen genutzt oder urbane Zwischenräume in imaginative Spielwelten verwandelt werden (Kogler, 2019:11-12).

2.4 Der öffentliche Raum für junge Menschen

Der öffentliche Raum spielt eine zentrale Rolle in der biografischen Entwicklung von Jugendlichen, insbesondere in Bezug auf die Ausbildung eines eigenen Selbstverständnisses und die Verortung in der Gesellschaft. Er dient nicht nur als physischer Ort der Begegnung, sondern als soziales Erfahrungsfeld, in dem Interessen ausgehandelt, Zugehörigkeiten erprobt und gesellschaftliche Rollen reflektiert werden. Kinder und Jugendliche bewegen sich zunehmend in digitalen Räumen und durch räumliche Verinselung in begrenzten, privaten Bereichen. Dadurch verschwinden sie mehr und mehr aus dem öffentlichen Raum.

In einer zunehmend fragmentierten Stadtkultur wird die stabile Bindung an konkrete Orte erschwert. Kinder und Jugendliche reagieren auf diese Dynamik mit kurzzeitiger Aufmerksamkeitsspanne und einer nur begrenzten Identifikation mit bestimmten Räumen. Gerade Kinder aus einkommensschwachen Familien sind dabei besonders benachteiligt, da ihr direktes Wohnumfeld keine qualitativen Aktionsräume bietet. Umso bedeutender ist es, Kindern und Jugendlichen Orte zu schaffen, die eine aktive, erfahrbare und gestalterische Auseinandersetzung ermöglichen.

Diese müssen offen für Deutung, Widerspruch und Intervention sein, um Prozesse der Identitätsbildung, ästhetischer Wahrnehmung und politischer Teilhabe zu fördern. Nur wo Jugendliche eigene Spuren hinterlassen dürfen, kann ein Bewusstsein für öffentliche Verantwortung, Teilhabe und räumliche Gerechtigkeit entstehen. Deshalb sind Partizipationsmöglichkeiten für Kinder und Jugendliche in der Stadt so wichtig. Dabei ist zu berücksichtigen, dass Partizipation ein komplexer Prozess ist. Der nächste Abschnitt klärt daher, was unter Partizipation zu verstehen ist und welche Qualitätskriterien ihre Wirksamkeit sichern.

3. Theoretische Perspektiven von Partizipation

Der Begriff Partizipation ist ein häufig verwendeter Begriff in Politik, Planung und Forschung. Partizipation ist dabei kein einheitliches Konzept, sondern umfasst vielfältige institutionelle

Formen. Sie unterscheiden sich nach Teilnehmerkreis, Art der Kommunikation und Entscheidungsfindung sowie dem Grad des tatsächlichen Einflusses (Fung, 2006: 66). Viel hängt dabei vom Kontext und den darin handelnden Personen ab. Unterschiedliche Zielsetzungen erfordern entsprechend unterschiedliche Formen der Beteiligung und unterschiedliche Gruppen an Teilnehmenden (Cornwall, 2008: 273).

Historisch zeigt sich, dass die Bedeutung von Partizipation eng an politische, soziale und kulturelle Kontexte gebunden ist. In den 1960er-Jahren gewann das Thema weltweit an Bedeutung, insbesondere durch soziale Bewegungen, Bürgerrechtsinitiativen und entwicklungspolitische Programme (Arnstein, 1969: 216).

Ein Meilenstein war Sherry Arnsteins Aufsatz „A Ladder of Citizen Participation“ (1969), in dem sie acht Stufen der Beteiligung beschreibt (Arnstein, 1969:217):

I. Keine Partizipation

1. Manipulation: Bürger:innen sollen lediglich überzeugt oder „erzogen“ werden.
2. Therapie: Probleme werden individualisiert und nicht strukturell behandelt.

II. Tokenismus (Scheinpartizipation)

3. Information – Einseitige Kommunikation: Bürger:innen erhalten Informationen.
4. Konsultation – Meinungen werden eingeholt, aber nicht zwingend berücksichtigt.
5. Beschwichtigung (Placation) – Bürger:innen dürfen beraten, Entscheidungen treffen weiterhin andere.

III. Bürgermacht (echte Partizipation)

6. Partnerschaft – Gemeinsame Entscheidungsfindung zwischen Bürger:innen und Institutionen.
7. Delegierte Macht – Bürger:innen erhalten Entscheidungsmehrheiten.
8. Bürgerkontrolle – Bürger:innen übernehmen vollständige Verantwortung für Prozesse.

Abbildung 1: Acht Stufen der Beteiligung (eigene Abbildung, nach Arnstein, 1969)

Arnstein (1969) definiert Partizipation als Umverteilung von Macht. Echte Partizipation zielt darauf ab, bisher ausgeschlossene Gruppen aktiv in Entscheidungsprozesse einzubeziehen und ihnen wirksame Einflussmöglichkeiten zu eröffnen (Arnstein, 1969: 216).

Seit der Veröffentlichung von Arnsteins Aufsatz haben sich Theorie und Praxis weiterentwickelt. Die Geschichte des Begriffs zeigt, dass seine Bedeutung stark vom jeweiligen politischen, sozialen und kulturellen Kontext abhängt. Seit den 1990er-Jahren haben sich partizipative Ansätze diversifiziert. Fung (2006) ergänzt diese Modelle um eine stärker analytische Perspektive. Sein „Democracy Cube“ ordnet Partizipationsformen systematisch nach Teilnehmerkreis, Kommunikations- und Entscheidungsmodus sowie Einflussgrad. Diese Betrachtungsweise macht es möglich, Verfahren gezielt auf bestimmte Ziele wie Legitimität, Gerechtigkeit oder Effektivität auszurichten (Fung, 2006: 70). Der Begriff Partizipation sollte nur verwendet werden, wenn präzise benannt wird, wer partizipiert, woran, zu welchem Zweck und wessen Interessen dadurch vertreten werden (Cornwall, 2008: 281).

3.1 Partizipation im Kontext von Kindern und Jugendlichen

Wie gerade dargestellt, umfasst der Begriff „Partizipation“ ein breites Spektrum an Vorstellungen, Bedeutungen und Definitionsansätzen. Jugendpartizipation ist von großer Bedeutung, denn wenn junge Menschen aktiv beteiligt sind, wird ihr Wissen und ihre Erfahrung genutzt. Sie können ihre Rechte als Bürger:innen ausüben und so zu einer demokratischeren Gesellschaft beitragen. Darüber hinaus fördert Partizipation ihre persönliche Entwicklung und vermittelt ihnen inhaltliches Wissen sowie praktische Kompetenzen (Checkoway, 2011:340). Im Folgenden werden vier zentrale Herangehensweisen dargestellt, mit denen die Partizipation von Kindern in der Stadt- und Raumplanung begründet und umgesetzt werden.

3.1.1 Rechtebasierter Ansatz

In den 1990er-Jahren verlagerte sich im Zuge der internationalen Bewegung für kinderfreundliche Städte der Fokus stärker auf die Rechte und die Beteiligung von Kindern (Gill, 2021: 13). Mit der Verabschiedung der **UN-Kinderrechtskonvention (1989)** und der Etablierung der Child Friendly Cities Initiative (CFCI) durch UNICEF (1996) erhielt die Forschung zu kinderfreundlichen Städten neue Impulse (Zhaofan, 2025: 22). Kinderfreundliche Städte zeichnen sich durch den Zugang zu einer sicheren und sauberen Umwelt, zu grundlegender Gesundheitsversorgung und Bildung, zu Grünflächen sowie zu Möglichkeiten,

zur sozialen Interaktion und zum Spielen aus (Derr & Tarantini, 2016: 1534). Die UN-Kinderrechtskonvention bildet die rechtliche und normative Grundlage für die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen. Sie legt nahe, dass jungen Menschen geeignete Wege und Instrumente zur Verfügung stehen müssen, um aktiv an Entscheidungen mitzuwirken, die ihr Leben, ihre Lebensumwelt und ihren Wohnort betreffen .

Theoretische Grundlagen lieferte in dieser Phase insbesondere die neue „Soziologie der Kindheit“, ergänzt durch feministische und sozialkonstruktivistische Perspektiven (Zhaofan, 2025:22). Die daraus abgeleiteten Forschungsansätze untersuchten zunehmend konkrete Alltagserfahrungen von Kindern im städtischen Raum. Diese erweiterten den Blick auf Kinder als soziale Subjekte mit spezifischen räumlichen Bedürfnissen und Rechten. Forschungen begannen, Aspekte wie kindliche Mobilität, alltägliche Bewegungsmuster, emotionale Ortsbindung und Sicherheit im städtischen Raum systematisch zu untersuchen. Ein zentraler Begriff wurde dabei die unabhängige Mobilität von Kindern, die als Indikator für soziale Teilhabe und kindergerechte Städte galt (Zhaofan, 2025:23).

Die Relevanz von Kinderrechten im Zusammenhang mit nachhaltiger Entwicklung wurde in mehreren internationalen Erklärungen und Dokumenten anerkannt. Die Rio-Erklärung und die Agenda 21 wurden im Rahmen der Konferenz der Vereinten Nationen für Umwelt und Entwicklung (UNCED) im Jahr 1992 in Rio de Janeiro verabschiedet. **Die Agenda 21** stellt ein globales Aktionsprogramm dar, das darauf abzielt, nachhaltige Entwicklung auf allen Ebenen, lokal, national und international, zu fördern. Sie fordert ausdrücklich die aktive Beteiligung von Regierungen, Gemeinschaften und zivilgesellschaftlichen Akteuren an der Umsetzung nachhaltiger Entwicklungsziele (Malone, 2015: 412).

Besonderes Augenmerk legt die Agenda 21 auf die Rolle von Kindern und Jugendlichen in diesem Prozess. Obwohl das Dokument rechtlich nicht bindend ist, betont es die Notwendigkeit, junge Menschen nicht nur einzubeziehen, sondern ihre Perspektiven als eigenständige und wertvolle Sichtweisen ernst zu nehmen. Damit geht die Agenda 21 über die Vorgaben der UN-Kinderrechtskonvention hinaus, indem sie nicht nur die Rechte der Kinder und Jugendlichen, sondern auch die gesellschaftliche Bedeutung der Jugendpartizipation in den Mittelpunkt rückt. Sie fordert die Anerkennung der Mitbestimmung von Kindern und Jugendlichen als gleichwertige gesellschaftliche Akteur:innen im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung. (Moser, 2010: 106).

Diese rechtlichen Rahmenwerke sind beschlossen worden, da Kinder und Jugendliche besonders anfällig für negative Auswirkungen von Urbanisierungsprozessen sind (UNICEF, 2004). Zu den Belastungen, denen Kinder ausgesetzt sind, zählen unter anderem Verkehrsunfälle, Luft- und Lärmbelastung sowie negative Belastungen auf die körperliche und psychische Gesundheit (Gill, 2021, S.4).

„Kinder haben ein besonderes Interesse an der Schaffung nachhaltiger menschlicher Siedlungen, die ein langes und erfülltes Leben für sie selbst und künftige Generationen ermöglichen. Sie benötigen Gelegenheiten zur Teilhabe und zur Mitgestaltung einer nachhaltigen urbanen Zukunft“ (UNICEF, 1997: 28).

UNICEF betont, dass nachhaltige Entwicklung nur möglich ist, wenn die Rechte und Bedürfnisse von Kindern, insbesondere in benachteiligten Stadtteilen, berücksichtigt werden (Malone, 2015: 416). Diese Perspektive spiegelt sich auch in der **Agenda 2030 der Vereinten Nationen** wider. Eines der 17 Ziele für nachhaltige Entwicklung (Sustainable Development Goals, SDGs) verfolgt Ziel 11, nämlich Städte und Siedlungen inklusiv, sicher, widerstandsfähig und nachhaltig zu gestalten. Dabei werden Kinder explizit in den Teilzielen (11.2 und 11.7) zu Grünflächen und Mobilität genannt, was ihre zentrale Rolle für eine gerechte und zukunftsfähige Stadtentwicklung unterstreicht (United Nations, 2015: 4).

Trotz der zahlreichen Programme und internationalen Vereinbarungen, wie Agenda 21, Rio+20, die MDGs und zentrale UN-Resolutionen, bleibt die praktische Einbindung kindlicher Perspektiven in Planungsprozessen nach wie vor begrenzt. Als Gründe für diese begrenzte Wirkung werden unter anderem konkurrierende politische Prioritäten, ein mangelnder Respekt gegenüber Kinderrechten sowie strukturelle Systemschwächen genannt (Gill, 2021:14).

3.1.2 Bildungsbezogener Ansatz

Dieser Zugang versteht Partizipation als einen prozessorientierten Lernprozess, der zur politischen Bildung, zur Entwicklung von Selbstwirksamkeit und zur Stärkung sozialer Kompetenzen beiträgt (Knowles-Yáñez, 2005: 7). Beteiligung wird hier nicht als Selbstzweck verstanden, sondern als zentrales Element demokratischer Erziehung.

Aus politisch-soziologischer Sicht ist Partizipation Ausdruck liberaler Grundrechte und Voraussetzung für die aktive Teilhabe am öffentlichen Leben (Moser, 2010: 87). Sie ermöglicht jungen Menschen, sich gesellschaftlich einzubringen, demokratische Prinzipien zu erfahren und

zentrale Fähigkeiten wie kritisches Denken, Verantwortungsbewusstsein oder Problemlösungskompetenz zu entwickeln (Derr & Tarantini, 2016: 1535) Die Gesellschaft als Ganzes profitiert von diesen sozialen Lernprozessen, da sie das zivilgesellschaftliche Engagement stärken und das Verständnis zwischen den Generationen fördern (Frank, 2006: 352). Solche gesellschaftlichen Effekte sind oft schwer messbar, doch Veränderungen auf persönlicher, sozialer und organisatorischer Ebene sind selbst Ausdruck gesellschaftlichen Wandels. Individuelle und institutionelle Beteiligung tragen wesentlich zu Veränderungen in Bildung, Umwelt, Wohnen, Stadtentwicklung und Zivilgesellschaft bei (Checkoway, 2011:341) Gleichzeitig bedarf es einer kritischen Reflexion darüber, ob Beteiligungsprozesse tatsächlich auf die Förderung von Selbstbestimmung und kritischem Denken abzielen, oder ob sie lediglich der Stabilisierung bestehender Strukturen dienen, indem sie Jugendliche an vorgegebene politische Verhältnisse heranzuführen (Moser, 2010: 90).

Die psychologisch-pädagogische Perspektive hingegen beschäftigt sich mit der individuellen Entwicklung von Kindern und Jugendlichen. Partizipation wird hier als sozialer Aushandlungsprozess verstanden, in dem junge Menschen lernen, Bedürfnisse zu artikulieren, sich mit Gleichaltrigen und Erwachsenen auseinanderzusetzen und Verantwortung für ihr eigenes Handeln zu übernehmen (Moser, 2010: 87). Studien konnten zeigen, dass Partizipation über gestärktes Selbstvertrauen und den Aufbau organisatorischer Kapazitäten bis hin zum aktiven Handeln führen können (Checkoway, 2011: 341). Zentral ist dabei die Fähigkeit zur Selbstreflexion, Kinder und Jugendliche sollen lernen, ihr Verhalten zu hinterfragen, Entscheidungen zu begründen, Regeln zu erkennen und Konsequenzen ihrer Handlungen einzuschätzen (Moser, 2010:19).

3.1.3 Kinder und Jugendliche als kompetente Bürger:innen

Die Einbeziehung junger Menschen in Planungsprozesse beruht auf der grundlegenden Annahme, dass Kinder und Jugendliche nicht bloß passive Zielgruppen, sondern kompetente Bürger:innen mit eigenen Sichtweisen und Handlungsfähigkeiten sind. Eine rein erwachsenenorientierte Planung kann den Bedürfnissen junger Menschen nicht gerecht werden, da sich deren Perspektiven und Lebensrealitäten wesentlich von denen Erwachsener unterscheiden (Kogler, 2019: 14).

Ein prominentes Beispiel für einen wissenschaftlich fundierten Beteiligungsansatz ist das UNESCO-Projekt Growing Up in Cities von Kevin Lynch (1977). Darin wurden Kinder in

mehreren Ländern direkt zu ihrer Lebenswelt befragt, um Fehlannahmen von Planer:innen zu korrigieren und geeignete Methoden für ihre Einbindung zu entwickeln. Die eingesetzten Methoden, von Interviews über Zeichnungen bis hin zu Kartierungen und Fotografien zeigen, wie Kinder ihre Umgebung wahrnehmen und welche Impulse sie für die Stadtplanung geben können (Knowles-Yáñez, 2005: 4). Diese Annahme entspricht der Perspektive „Youth as Resources“ (Jugend als Ressource), die im Gegensatz steht zu medialen Darstellungen von Jugendlichen als „Opfer von Armut“ oder „Problem für die Gesellschaft“, zu sozialwissenschaftlichen Studien, die Jugend als „von der Gemeinschaft entfremdet“ oder „von Partizipation zurückgezogen“ beschreiben. Wenn Erwachsene Jugendliche hauptsächlich als schwierig oder defizitär sehen, übernehmen viele junge Menschen dieses Bild. Dadurch wird ihre Rolle als kompetente Mitglieder der Gesellschaft geschwächt (Checkoway, 2011: 341). Dabei könnten gerade Jugendliche selbst einen entscheidenden Beitrag zur Lösung gesellschaftlicher Herausforderungen leisten.

Kinder und Jugendliche bringen eine eigene raumbezogene Kompetenz mit, die in Planungsprozessen Berücksichtigung finden sollte. Sie erleben ihre Umgebung anders als Erwachsene und lenken den Blick auf relevante Aspekte wie Sicherheit, Zugänglichkeit und Umweltqualität. Davon profitieren nicht nur sie selbst, sondern ganze Gemeinden, etwa durch die Aufwertung öffentlicher Räume, die Förderung sozialer Integration und eine höhere Lebensqualität für alle (Frank, 2006: 352).

Der Praxisorientierte Ansatz stellt die Entwicklung und Anwendung konkreter Beteiligungsmethoden in den Mittelpunkt. Dieser Zugang ist handlungsorientiert und sucht nach effektiven Wegen, Kinder in Planungsprozesse einzubeziehen - z. B. über Workshops, Stadtteilbegehungen oder kreative Methoden wie Modellbau oder Kartierungen. Dabei muss Beteiligung methodisch fundiert, altersgerecht und praxisnah gestaltet sein (Knowles-Yáñez, 2005:6).

3.2 Kinderfreundliche Stadtplanung

Kinderfreundliche Stadtplanung formuliert das grundlegende Anliegen, aus Städten Orte zu machen, in denen Kinder gut, gesund und sicher leben, spielen und aufwachsen können (Gill, 2021: 26). Die Forschungsliteratur bietet eine Vielzahl von Definitionen zu kinderfreundlichen Städten. Themen wie Sicherheit, verfügbare Grünflächen, eine Vielfalt an Aktivitätsorten, Möglichkeiten zur unabhängigen Mobilität, aktive soziale Interaktion sowie die Einbeziehung

von Kindern in Entscheidungsprozesse werden häufig als zentrale Kriterien kinderfreundlicher Umgebungen genannt (Broberg et al., 2013:111).

Um ein tieferes Verständnis für die Merkmale städtischer Strukturen zu entwickeln, die zu kinderfreundlichen Städten beitragen, ist eine präzisere Definition des Konzepts sinnvoll. Das Bullerby-Modell von Kytä (2008) bietet einen vielversprechenden Ansatz hierfür (Broberg et al., 2013:110). Nach diesem Bewertungsmodell lässt sich umweltbezogene Kinderfreundlichkeit anhand von zwei zentralen Kriterien beschreiben:

1. Die Möglichkeiten zur unabhängigen Mobilität von Kindern im öffentlichen Raum.
2. Die Vielfalt und Erreichbarkeit von Affordanzen, also von Orten, an denen Kinder etwas tun, erleben oder sich entfalten können (Broberg et al., 2013:110; Gill, 2021:20).

Auch wenn das Bullerby-Modell nicht alle wesentlichen Aspekte kinderfreundlicher Städte abbildet, lässt sich argumentieren, dass gerade diese beiden Dimensionen zu den entscheidendsten und zugleich am stärksten bedrohten in modernen westlichen Gesellschaften gehören.

Anhand der zwei zentralen Kategorien lassen sich folgende Kriterien als Voraussetzung für kinderfreundliche Städte identifizieren:

- Kinder benötigen sichere, gut strukturierte Wege, die eigenständig nutzbar sind. Insbesondere auf dem Weg zur Schule oder zu Freizeitaktivitäten braucht es verkehrsberuhigte Zonen, klare Quermöglichkeiten sowie soziale Kontrolle durch gut einsehbare Räume (Jansson et al., 2022: 8)
- Mobilität hat eine soziale Dimension: Kinder bewegen sich bevorzugt mit Gleichaltrigen. Die Präsenz von Freund:innen fördert Aktivität, während elterliche Aufsicht eher einschränkend wirkt (Broberg et al., 2013: 118).
- Eine hohe Dichte und Vielfalt an wohnortnahen Zielen fördert selbstständige Mobilität. Kinder, die Zugang zu Spielplätzen, Grünflächen, Treffpunkten oder Nahversorgung haben, bewegen sich häufiger und selbstbestimmter im Quartier (Broberg et al., 2013:118)
- Grünräume unterstützen das körperliche und emotionale Wohlbefinden von Kindern. Orte mit hoher Vegetation werden als beruhigend, sicher und schön erlebt, sie laden zur

Aneignung ein und senken mentale Stressbelastung (Broberg et al., 2013: 118; Jansson et al., 2022: 7).

- Die räumliche Verteilung von Freiräumen und Infrastruktur muss gerecht und inklusiv gestaltet sein. Ein ungleicher Zugang zu sicheren Wegen, Grünflächen oder Begegnungsorten führt zu sozialer Ungleichheit in der Mobilität (Jansson et al., 2022:9).
- Zugang zu öffentlichen Räumen umfasst nicht nur bauliche Erreichbarkeit, sondern auch soziale und emotionale Zugänglichkeit. Kinder müssen sich willkommen, sicher und zugehörig fühlen können (Jansson et al., 2022:8).
- Stadtplanung muss altersgerecht erfolgen. Während jüngere Kinder wohnortnahe, überschaubare Räume benötigen, suchen ältere Kinder und Jugendliche eher urbane, zentral gelegene Orte auf. Beide Gruppen brauchen spezifische Anreize und Angebote im Alltag (Broberg et al., 2013: 118).
- Partizipation ist ein zentrales Prinzip kinderfreundlicher Planung. Die Sichtweisen und Erfahrungen von Kindern sollten systematisch erhoben und berücksichtigt werden, etwa durch Mapping-Methoden, partizipative Workshops oder digitale Instrumente wie SoftGIS (Jansson et al., 2022:12).
- Unabhängige Mobilität und die Vielfalt an Affordanzen wirken wechselseitig verstärkend: Je mehr bedeutsame, selbstständig erreichbare Orte Kinder wahrnehmen, desto aktiver und eigenständiger bewegen sie sich (Broberg et al., 2013:119).

3.2.1 Kriterien für kinderfreundliche Stadtentwicklung

Die Umsetzung kinderfreundlicher Stadtplanung erfordert nicht nur die Gestaltung geeigneter Räume, sondern vor allem auch die institutionelle Verankerung im lokalen Regierungssystem. Um das Konzept der kinderfreundlichen Stadt strukturell und nachhaltig umzusetzen, sind umfassende Maßnahmen auf rechtlicher, planerischer und organisatorischer Ebene notwendig (Cordero-Vinueza et al., 2023:7; UNICEF, 2018:7). Damit kinderfreundliche Prinzipien nicht als freiwillige Einzelinitiativen verbleiben, sondern dauerhaft wirksam werden, müssen sie auf vielen Ebenen, etwa in der Planung, im wirtschaftlichen Bereich und in der Politik intergriert werden (Jansson et al., 2022:15).

Der erste Schritt besteht in der rechtlichen Verankerung von Kinderrechten auf kommunaler Ebene. Die lokale Gesetzgebung kann dazu beitragen, die Kinderrechtskonvention systematisch umzusetzen. Ein kommunales Rechtssystem, das sich an den Prinzipien der UN-Kinderrechtskonvention orientiert, schafft die Voraussetzung dafür, dass kinderbezogene Politik langfristig Bestand hat und regelmäßig überprüft wird (Cordero-Vinueza et al.: 4, 2023; Riggio, 2002: 50)

Kinderfreundliche Städte müssen sich zudem in konkreten lokalen Aktionsplänen niederschlagen, die auf bestehenden nationalen Strategien aufbauen (Cordero-Vinueza et al., 2023:7). Diese müssen aber orts- und kontextspezifisch ausgestaltet werden. Ein solcher Plan sollte alle relevanten Akteur:innen einbeziehen (einschließlich Kinder selbst) und klar priorisierte sowie messbare Ziele enthalten (Jansson et al., 2022:15). Eine Integration in bestehende kommunale Entwicklungsstrategien verhindert, dass Kinderrechte nicht isoliert, sondern im Gesamtzusammenhang städtischer Entwicklung betrachtet werden (Riggio, 2002:51). Politische Unterstützung durch engagierte Entscheidungsträger:innen („politische Champions“) kann hierbei entscheidend sein (UNICEF, 2018:56).

Ein wirksames System erfordert spezialisierte Institutionen oder Koordinierungsstellen innerhalb der kommunalen Verwaltung. Diese arbeiten mit verschiedenen Ämtern zusammen, sind mit der Politik vernetzt und setzen sich dauerhaft für die Interessen von Kindern ein (Riggio, 2002:51). Um Kinderrechte und partizipative Verfahren wirksam umzusetzen, brauchen Verwaltungen neue Fähigkeiten. Dies inkludiert Fortbildungen, Erfahrungsaustausch mit anderen Städten und Zusammenarbeit zwischen verschiedenen Fachbereichen (Cordero-Vinueza et al., 2023:7).

Die Wirkung bestehender und geplanter Maßnahmen auf Kinder sollte durch eine systematische Kinderwirkungsprüfung (Child Impact Assessment) evaluiert werden (Riggio, 2002:52). Die Umsetzung kinderfreundlicher Maßnahmen muss durch entsprechende Ressourcen abgesichert werden. Kinderbudgets auf lokaler Ebene gewährleisten, dass Kinderinteressen im Finanzhaushalt sichtbar und verbindlich berücksichtigt werden (Cordero-Vinueza et al., 2023:7). Eine regelmäßige Erhebung der Lebenslagen von Kindern in unterschiedlichen Stadtteilen ist eine zentrale Voraussetzung für evidenzbasierte Planung. Solche Analysen sollten partizipativ gestaltet sein und Kinder und Familien einbeziehen. Schulische Einrichtungen können hier als Schnittstelle fungieren und den Lern- mit dem Planungsprozess verbinden (Derr et al., 2018:8; Riggio, 2002:52).

Schließlich muss Partizipation von Kindern als durchgängiges Prinzip verankert werden. Das bedeutet, dass ihre Perspektive nicht nur in einzelnen Projekten, sondern in allen Phasen kommunaler Planung und Entscheidungsfindung zu berücksichtigen ist. Partizipation wird so zu einer Methode, die das gesamte Governance-System durchzieht, von der Bedarfserhebung über die Maßnahmenplanung bis zur Evaluation (Derr et al., 2018: 7)

3.2.2 Umsetzung von Partizipation

Die im Kapitel 2.7 beschriebenen Perspektiven unterscheiden sich in ihrer Zielsetzung, ihren Methoden und ihrem Verständnis von Kindern, gemeinsam zeigen sie jedoch, dass kindliche Beteiligung in der Planung vielfältige Funktionen erfüllt: als Erkenntnisquelle, als Bildungschance, als praktische Handlung und als demokratisches Recht. Trotz der vielen positiven Effekte zeigt sich eine Diskrepanz zwischen Anspruch und Wirklichkeit. Die Marginalisierung jugendlicher Anliegen sowie der fehlende Einbezug junger Menschen in gängige Planungspraktiken haben wahrscheinlich einen selbstverstärkenden Zyklus geschaffen, der dazu führt, dass Planer:innen wenig Erfahrung und Handlungssicherheit in Bezug auf eine effektive und sinnvolle Jugendbeteiligung besitzen, insbesondere unter den häufig gegebenen Rahmenbedingungen von Zeitmangel und begrenzten Ressourcen (Frank 2006:353).

Um zu analysieren, inwiefern partizipative Projekte und Initiativen erfolgreich umgesetzt werden, werden im Folgenden zentrale Voraussetzungen für erfolgreiche Partizipation identifiziert. Diese werden in einem Kategoriensystem systematisiert, das eine strukturierte Bewertung und den Vergleich verschiedener Beteiligungsprozesse ermöglicht. Im Mittelpunkt steht dabei die Frage, welche Rahmenbedingungen eine aktive, ernstgemeinte und nachhaltige Partizipation von Kindern und Jugendlichen fördern. Die nachfolgenden Ausführungen erläutern die einzelnen Kategorien im Detail und verweisen dabei auf ihre theoretische Verankerung sowie auf empirische Bezüge. Tabelle 1 (siehe S.31) bietet einen systematischen Überblick über die verwendeten Kategorien und die ihnen zugrunde liegenden wissenschaftlichen Quellen.

Zielsetzung

Die Kategorie „Zielsetzung“ legt den Fokus auf den Ablauf und die klare Formulierung von Zielen, auf die Planende und Teilnehmende gemeinsam hinarbeiten können (Gross, 2014:120). Klare Ziele haben den Vorteil, dass sie den Beteiligungsprozess klar auf ein konkretes Ziel ausrichten. Planerinnen und Planer können dadurch gezielt geeignete Methoden auswählen und

strukturieren den Prozess entsprechend der jeweiligen Zielsetzung. Auch für die Teilnehmenden schafft eine Zieldefinition Transparenz darüber, worauf der Prozess abzielt und was von ihnen erwartet wird (Gross, 2014:72).

Ein anschauliches Beispiel ist das Projekt „Growing Up Boulder“ in Colorado, USA, welches im Rahmen der Neugestaltung der Civic Area, ein zentrales Gebiet südlich der Innenstadt, Kinder und Jugendliche aktiv in die Planung miteinbezogen hat (Derr & Tarantini, 2016:1537). Die Ziele waren dabei klar formuliert, je nach Altersgruppe wurden unterschiedliche Schwerpunkte gelegt, die Grundschüler:innen konzentrierten sich auf die Themen Kultur und Kunst, die Verbindung zur Bibliothek sowie Naturerfahrungen im Spiel. Die Mittelschülerinnen legten ihren Schwerpunkt auf ökologische Erfahrungen und Gestaltung, während die Schüler:innen der Oberstufe sich mit Kultur, Kunst und dem Thema „Abhängen“ im öffentlichen Raum beschäftigten. Um die Auseinandersetzung mit diesen Themen zu unterstützen, setzte Growing Up Boulder (GUB) eine Vielzahl von Methoden ein und arbeitete mit rund 100 Kindern und Jugendlichen im Alter von 8 bis 16 Jahren (Derr & Tarantini, 2016:1539).

Menschen sind am meisten interessiert und engagiert, wenn sie über ihre eigenen Erfahrungen sprechen können und Einfluss auf Entscheidungen haben, die ihr Leben direkt betreffen. Ortsbezogene Beteiligung ist daher besonders sinnvoll, weil junge Menschen Möglichkeiten wollen, ihr unmittelbares Lebensumfeld mitzugestalten. Gleichzeitig prägt der lokale Kontext, wie ein Projekt konzipiert wird, welche Partner ausgewählt werden, welche Methoden zum Einsatz kommen und welche Ergebnisse am Ende stehen (Derr et al., 2018: 11).

Planungsphase

Die Kategorie „Planungsphase“ legt den Fokus auf den zeitlichen Ablauf und Prozessstufen in politischen und organisatorischen Abläufen (Gross, 2014:120). Die Kategorie „Planungsphase“ wird in der Literatur vielfach als zentrales Element für gelingende Kinder- und Jugendpartizipation hervorgehoben. So betont etwa Frank (2006), dass Kinder und Jugendliche während des gesamten Prozesses einbezogen werden sollten (Frank, 2006:366). Auch Victoria Derr et al. (2018) weist darauf hin, dass organisatorische Strukturen entscheidend sind, um Rollen, Zeitrahmen und Ressourcen klar zu definieren und so einen verlässlichen Rahmen für die Einbindung junger Menschen in Entscheidungsprozesse zu schaffen (Derr et al., 2018:16). Es braucht eine klar benannte Leitungsperson (oder ein eng abgestimmtes Leitungsteam), eine Organisationsstruktur mit definierten Rollen, Zeitaufwänden und Beteiligungswegen für

Kinder und Jugendliche, geeignete und gut erreichbare Räume mit Stauraum für Materialien sowie gesicherte Ressourcen. Langfristige Finanzierung, besonders für bezahltes Personal, ist zentral, damit Treffen organisiert, Methoden weiterentwickelt und Netzwerke gepflegt werden können (Derr et al., 2018:17).

Zur Planungsphase gehört auch, Beteiligungsprozesse möglichst niedrigschwellig auszugestalten. Dies bedeutet, dass Kinder und Jugendliche idealerweise an denjenigen Orten angesprochen werden, an denen sie sich ohnehin aufhalten und in denen sie sich sicher fühlen, etwa in Schulen, Gemeindezentren, außerschulischen Angeboten oder öffentlichen Räumen. Über bestehende Kooperationsstrukturen lassen sich solche Zugänge erleichtern. Die Forschung zeigt, dass die Teilnahmebereitschaft deutlich höher ist, wenn die Erwachsenen an die Lebenswelten der jungen Menschen herantreten, anstatt diese aufzufordern, in ihrer Freizeit einen ihnen unbekannten Ort aufzusuchen (Derr et al., 2018:22).

Beteiligungsniveau

Das Beteiligungsniveau berücksichtigt das Ausmaß der Beteiligung, in dem Menschen aktiv in Entscheidungsprozesse eingebunden werden (Gross, 2014:120). Es richtet den Blick darauf, ob junge Menschen lediglich informiert werden, konsultiert werden oder tatsächlich Mitentscheidungsrechte haben. Dies ist gerade in der Kinder- und Jugendpartizipation eine zentrale Analysekategorie, weil Kinder und Jugendliche oft nur scheinbar mitbestimmen dürfen (Lundy, 2018:340). Die Partizipationsleiter von Hart (1992), die auf dem Modell von Arnstein (1969) basiert, unterscheidet insgesamt neun Stufen der Beteiligung von Kindern und Jugendlichen. Die unteren Stufen sind Manipulation und Therapie, diese gelten als Formen der Nicht-Partizipation, da Kinder hier lediglich benutzt oder beruhigt werden, ohne echte Mitsprache. Es folgen die Stufen Information, Konsultation und Beschwichtigung, die als Alibi-Partizipation (Tokenismus) bezeichnet werden. Erst auf den oberen Stufen, Partnerschaft, delegierte Macht und Bürgerkontrolle handelt es sich um echte Beteiligung, bei der Kinder aktiv mitentscheiden und Verantwortung übernehmen können (Botchwey et al., 2019:258).

Diese Modelle wurden von verschiedenen Autor:innen weiterentwickelt, aber bilden dennoch den Grundstein. Botchwey et al. (2019) haben die Beteiligungsleiter um zwei zusätzliche Stufen erweitert, die zwischen den klassischen Kategorien „Beschwichtigung“ (*placation*) und „Partnerschaft“ (*partnership*) liegen. Diese Erweiterung unterscheidet danach, ob Jugendlichen die Macht zur Beteiligung aktiv von Erwachsenen eingeräumt wird oder ob sie diese eigenständig einfordern (Botchwey et al., 2019:264).

Entscheidend ist dabei, dass junge Menschen ihre eigenen Anliegen identifizieren dürfen, denn erst dann kann Partizipation motivierend und handlungswirksam sein. Werden Themen hingegen ausschließlich von Erwachsenen vorgegeben, bleibt die Beteiligung häufig symbolisch und ohne emanzipatorischen Gehalt (Checkoway, 2011: 342).

Teilnehmende

Die Kategorisierung nach den beteiligten Personen und Gruppen, nimmt die Menschen selbst und ihre sozialen Beziehungen und Gruppendynamiken in den Blick. Dabei geht es um die Frage, wer beteiligt ist, wie Gruppen strukturiert sind und welche Beziehung sie zueinander sowie zum Planungsgegenstand haben. Der Vorteil dieses Ansatzes liegt darin, dass er die Gruppendynamiken und sozialen Konstellationen sichtbar macht und die Vielfalt der Akteurinnen und Akteure berücksichtigt (Gross, 2014:89). Ein zentraler Aspekt ist die Begegnung mit Kindern und Jugendlichen auf Augenhöhe. Partizipation erfordert nicht nur methodische Anpassung, sondern vor allem eine Haltung des Respekts, der Anerkennung und des ernsthaften Zuhörens (Lundy, 2007: 933).

Gerade in der Kinder- und Jugendpartizipation ist ein teilnehmendenorientierter Blick besonders relevant, da junge Menschen keine einheitliche Gruppe darstellen. Unterschiede im Alter, Entwicklungsstand, sozioökonomischem Hintergrund, Bildungsgrad, in der Migrationsgeschichte und den körperlichen und geistigen Fähigkeiten Blick müssen deshalb berücksichtigt werden (Derr et al., 2018:11).

Beispielsweise wünschen sich jüngere Kinder eher Räume zum Spielen und Entdecken, während Jugendliche Orte zum „Abhängen“ wollen. Hultgren und Johansson (2019) fordern deshalb auch sehr junge Kinder, inklusive Babys in Planungsprozesse miteinzubeziehen, dass Partizipation nicht von Alter oder Reife abhängt. Sie fordern Partizipation anders zu denken und Partizipation als relationalen Prozess zu verstehen (Hultgren & Johansson, 2019: 377).

Empirische Studien belegen, dass insbesondere Kinder und Jugendliche aus ökonomisch privilegierten Verhältnissen überdurchschnittlich häufig an partizipativen Projekten teilnehmen. Diese Gruppe stellt jedoch keineswegs eine repräsentative Stichprobe der Gesamtbevölkerung dar (Checkoway, 2011: 342). Daraus ergibt sich die zentrale Herausforderung, Partizipation sozial inklusiv zu gestalten. Beteiligungsinitiativen müssen gezielt darauf ausgerichtet sein, auch jene Kinder und Jugendliche zu erreichen, die aufgrund sozioökonomischer Benachteiligung, mangelnder Ressourcen oder institutioneller Hürden

bislang unterrepräsentiert sind. Die Fokussierung auf die Teilnehmenden ist wichtig, um den Blick auf Vielfalt, Bedürfnisse und soziale Dynamiken zu lenken.

Bei Teilnehmenden an solchen Projekten geht es nicht nur um die Kinder und Jugendlichen, sondern ebenso um die Erwachsenen, die diese Prozesse initiieren, begleiten und institutionell absichern. Zu Beginn braucht es oft eine lokale Schlüsselperson („local champion“), die den Gemeindekontext kennt und den Wert von Kinder- und Jugendbeteiligung versteht, das kann jemand aus der Verwaltung, einer Schule, einer Universität, einer lokalen NGO oder auch ein engagiertes Community-Mitglied sein. Diese frühe Leitung ist wichtig, um passende Partner zu identifizieren und einen Rahmen für kontinuierliche Beteiligung aufzubauen (Derr et al., 2018: 13).

Gleichzeitig müssen Stakeholder einbezogen werden, also alle Personen oder Organisationen, die ein Projekt beeinflussen können oder von seinen Ergebnissen betroffen sind. Wer dazu zählt, hängt vom jeweiligen Projekt ab (z. B. Verkehr, Klima, öffentliche Räume), weshalb die Partnerauswahl für jedes Projekt neu durchdacht werden muss. Ziel ist, jene Kinder, Jugendlichen und Gemeindemitglieder einzubeziehen, für die das Projekt persönlich relevant ist und dabei nach Möglichkeit auch marginalisierte Gruppen zu berücksichtigen. Die Arbeit mit bereits etablierten Partnerorganisationen, die Vertrauen zu jungen Menschen haben, erleichtert diesen Zugang und schafft ein Umfeld, in dem junge Menschen ihre Ideen eher einbringen (Derr et al., 2018: 19).

Methodentyp

Die letzte Art von Kategorisierungsschemata, die in der Analyse von Alina Gross identifiziert wurden, sind methodenbasierte Schemata. Dabei handelt es sich um Einteilungen, die Beteiligungsformen auf Grundlage der eingesetzten Methoden und Techniken klassifizieren. Solche Kategorisierungen beinhalten beispielsweise Kategorien wie Internet- und Webtools, klassische Kommunikationsmittel, Gruppentreffen und Workshops oder auch traditionelle Beteiligungstechniken versus interaktive und kollaborative Methoden. Weitere Beispiele unterscheiden zwischen traditionellen und neuen Techniken oder klassifizieren nach dem Einsatzort der Methode (Gross, 2014:90).

In der Kinder- und Jugendpartizipation spielt die Auswahl der richtigen Methode eine zentrale Rolle, da sie stark an die altersbezogenen Fähigkeiten und Ausdrucksmöglichkeiten angepasst werden muss. Die Praxis zeigt, dass es wichtig ist ein vielfältiges Methodenspektrum einzubeziehen, um unterschiedliche Fähigkeiten und Interessen zu erreichen (Ataol et al.,

2019:38). In der Literaturanalyse von Hagemann et al. (2024) wird klar, dass viele Projekte echte Mitbestimmung kaum erreichen. Dies liegt zu einem großen Teil daran, dass vor allem passive Formen der Beteiligung stattfinden und weniger interaktive Methoden eingesetzt werden (Hagemann et al., 2024: 445).

Für eine bessere Einordnung der Methoden entwickelt Horelli (1997) sechs verschiedene Ansätze, die in der Planung mit Kindern zum Einsatz kommen (Ataol et al., 2019:37-38):

- Diagnostische Methoden sind analytische Werkzeuge zur Bewertung von Umwelt- und personenbezogenen Faktoren, z. B. Fragebögen, Interviews und Beobachtungen.
- Expressive Methoden fördern die Kommunikation innerhalb und zwischen Gruppen, indem sie die Teilnehmenden ermutigen, ihre Ideen auszudrücken, z. B. durch Zeichnungen oder Kartierungen.
- Situative Methoden schaffen gemeinsame Lernsituationen und erleichtern das Verständnis aktueller Gegebenheiten, um Verhandlungen zu erleichtern, etwa durch Diskussionen oder Exkursionen.
- Konzeptuelle Methoden unterstützen abstraktes Denken und können die Lernfähigkeiten von Kindern stärken, z. B. durch Modellbau.
- Organisatorische Methoden dienen der Umsetzung von Ergebnissen partizipativer Aktivitäten, etwa in Form eines Kinderstadtparlaments.
- Politische Methoden sind Werkzeuge, mit denen Teilnehmende politischen Einfluss nehmen können und die Machtverhältnisse im Beteiligungsprozess betreffen, wie z. B. ein Kinderforum.

Die Herausforderung methodenbasierter Kategorisierungen liegt jedoch darin, dass sie isoliert von anderen Dimensionen betrachtet werden (Gross, 2014: 90). Es ist entscheidend, Methoden in ein ganzheitliches Konzept einzubetten, das die Zielgruppe ernst nimmt, entwicklungspsychologisch angemessen ist und echte Mitgestaltung ermöglicht.

Evaluation

Evaluation ist bei der Analyse von Kinder- und Jugendpartizipation wichtig, da diese Aufschluss gibt, ob und in welchem Ausmaß Beteiligungsprozesse wirksam waren. Dabei sollte

die Evaluation nicht das Ende des Projekts darstellen, sondern in strukturierten Rückmeldeschleifen erfolgen (Derr & Tarantini, 2016:1538). Partizipative Projekte bleiben nur dann relevant und lernfördernd, wenn alle Beteiligten in einem kontinuierlichen Prozess des gegenseitigen Austauschs und Lernens eingebunden sind (Derr et al., 2018:24).

Auch Hagemann et al. (2024) unterstreichen, dass partizipative Projekte erst durch begleitende Evaluation an Aussagekraft gewinnen, zum Beispiel durch die Dokumentation von Lernprozessen oder strukturellen Veränderungen. Eine systematische Evaluation dient dabei nicht nur der Qualitätssicherung, sondern ermöglicht es auch, zukünftige Prozesse evidenzbasiert weiterzuentwickeln (Hagemann et al., 2024:442).

Tabelle 1: Übersicht über die Analysekategorien zur Partizipation (eigene Darstellung)

Kategorie	Beschreibung	Quellen
Zielsetzung	Definiert die beabsichtigten Wirkungen der Beteiligung und macht sie für Planung und Evaluation nachvollziehbar und messbar.	Derr & Tarantini (2016); Lundy (2007); Ataol et al. (2019);
Planungsphase	Legt Zeitpunkt, Dauer, Ressourcen und Einbindung in einen Gesamtprozess fest.	Frank (2006); Derr et al. (2018); Ataol et al. (2019); Hagemann et al. (2024);
Beteiligungsniveau	Bestimmt den tatsächlichen Mitbestimmungsgrad - von Information und Konsultation bis zu Partnerschaft und delegierter Entscheidungsmacht.	Botchwey et al. (2019); Lundy (2007); Ataol et al. (2019);
Teilnehmende	Klärt, wer beteiligt sein wird und wie diverse Zielgruppen erreichbar, geschützt und angemessen einbezogen werden.	Hultgren & Johansson (2019); Derr et al. (2018); Ataol et al. (2019); Lundy (2007); Victoria Derr et al. (2018);
Methodentyp	Beschreibt, welche Formate eingesetzt werden und wie gut sie zu Zielen, Alter und Fähigkeiten der Zielgruppe passen.	Victoria Derr et al. (2018); Hagemann et al. (2024); Benninger & Savahl (2016); Ataol et al. (2019);
Evaluation	Prüft Zielerreichung, dokumentiert Wirkungen und stellt Rückmeldung sowie gemeinsame Reflexion der Ergebnisse sicher.	Victoria Derr et al. (2018); Hagemann et al. (2024); Derr & Tarantini (2016);

3.3 Forschungslücke

Die Literaturrecherche hat gezeigt, dass die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen in Planungsprozessen nachweislich positive Effekte hat, für die jungen Menschen selbst ebenso wie für die Gesellschaft insgesamt. Gleichwohl besteht eine deutliche Kluft zwischen Anspruch und Realität: In vielen Städten ist Partizipation rechtlich verankert und programmatisch vorgesehen, ihre Umsetzung bleibt jedoch häufig selektiv, punktuell oder symbolisch. Aus dieser Diskrepanz ergibt sich der Bedarf, präzise zu bestimmen, unter welchen strukturellen, organisatorischen und prozessualen Bedingungen Partizipation mit Kindern und Jugendlichen tatsächlich wirksam, nachhaltig und altersgerecht realisiert werden kann.

An diesen Punkt knüpft die vorliegende Arbeit an. Theoretisch werden Voraussetzungen für erfolgreiche Partizipation herausgearbeitet; empirisch richtet sich der Blick auf Wien, das sich im Rahmen internationaler Initiativen (u. a. Child Friendly Cities) zu kinderfreundlicher Stadtentwicklung bekennt und bereits vielfältige Beteiligungsformate praktiziert. Ziel ist es, die realen Handlungsspielräume junger Menschen in diesen Formaten zu analysieren und Handlungsbedarf zu benennen, die eine verlässliche Mitbestimmung auf verschiedenen Ebenen ermöglichen.

4. Methodenteil

4.1 Forschungsfragen und deren Zieldimensionen

Ziel der Masterarbeit ist die Analyse von Einflussfaktoren, die die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen in partizipativen Planungsprozessen begünstigen oder behindern. Die Analyse verschiedener Projekte in Wien soll zeigen, in welchem Ausmaß junge Menschen reale Mitbestimmungsmöglichkeiten haben. Dabei soll herausgearbeitet werden, inwiefern Wien Maßnahmen für eine partizipative Stadtgestaltung umsetzt. Zudem wird untersucht, in welchen Bereichen es Handlungsbedarf gibt, um die Mitbestimmung von Kindern und Jugendlichen langfristig, wirksam und chancengleich zu fördern.

Die erste Forschungsfrage kann im Rahmen der Literaturarbeit beantwortet werden. Dabei werden der aktuelle Stand der Forschung (State-of-the-Art) erfasst und die wichtigsten Konzepte herausgearbeitet. Die Ergebnisse der Analyse bilden die Basis für ein eigens entwickeltes Analyse-Framework, welches für den empirischen Teil als Grundlage dient. Die

zweite Forschungsfrage wird mithilfe von konkreten Kinder- und Jugendpartizipationsprojekten anhand eines entwickelten Frameworks analysiert. Dabei umfasst die Analyse semi-strukturierte Expert:inneninterviews, die mit öffentlich zugänglichen Materialien (z.B.: Wiener Kinder- und Jugendstrategie, Berichte, Projektwebsites, Broschüren) ergänzt werden.

4.2 Operationalisierung der verwendeten Begriffe

Für eine gelingende Partizipation ist es wichtig **Kinder und Jugendliche** und ihre Bedürfnisse in den Mittelpunkt zu stellen. Dabei wird in der Arbeit „junge Menschen“ als Synonym verwendet. Für beide Begriffe wird die Altersdefinition der Vereinten Nationen verwendet, wobei Kinder und Jugendliche sowie junge Menschen darin definiert werden, dass sie unter 18 Jahre alt sind (UNICEF, 2012). Für eine differenziertere Analyse unterscheidet diese Arbeit zwischen vier Altersgruppen:

- Kleinkinder (1-3 Jahre)
- Vorschulkinder (3-5 Jahre)
- Schulkinder (6-11 Jahre)
- Jugendliche (12-18 Jahre).

Beispielsweise ist bei den beiden jüngsten Gruppen die Einbindung von Betreuungspersonen notwendig. Diese Kinder benötigen Aufsicht sowie spezifisch angepasste Methoden und Abläufe. Im Gegensatz dazu sind Schulkinder und Jugendliche meist unabhängiger und benötigen weniger Betreuung (Ataol et al., 2019:37). Dabei ist wichtig zu erwähnen, dass Kinder und Jugendliche keine homogene Gruppe darstellen. Alter allein reicht nicht aus, um Zugänge zu Partizipation gerecht zu gestalten. Vielmehr müssen auch Faktoren wie soziale Herkunft, körperliche und kognitive Voraussetzungen, Geschlecht und kulturelle Hintergründe mitgedacht werden (vgl. Kapitel 2.4).

Der Begriff Partizipation im Kontext von Stadtplanung ist vielschichtig und wird in der Fachliteratur nicht einheitlich definiert. Aber es gibt dennoch entscheidende Kriterien, die darüber Auskunft geben, ob eine tatsächliche Mitbestimmung von jungen Menschen stattfindet. Entscheidend ist, wie viel Einfluss sie auf die jeweiligen Inhalte, Prozesse und Ergebnisse

nehmen können. Die Beurteilung der Qualität und Tiefe der Partizipation erfolgt mithilfe eines eigens entwickelten Frameworks.

4.3 Forschungsdesign

Um die Forschungsfragen beantworten zu können, braucht es ein Analysemodell, welches die wichtigsten Bereiche von Kinder- und Jugendpartizipation abdeckt. Aber was braucht es, dass Partizipation von Kindern und Jugendlichen wirkungsvoll und erfolgreich ist? Diese Frage ist nicht einfach zu beantworten und wird in der Literatur unterschiedlich behandelt. Um herauszufinden, inwiefern Projekte zu Kinder- und Jugendpartizipation wirkungsvoll umgesetzt werden und welche Voraussetzungen es braucht, werde ich eine Framework-Analyse (Goldsmith, 2021:261) durchführen. Dies ist eine vergleichend angelegte Form der thematischen Analyse, die für qualitative Daten geeignet ist. Die Methode verwendet eine strukturierte Anordnung von induktiv und deduktiv entwickelten Themen (also ein „Framework“), um Daten sowohl beschreibend als auch abstrahierend auszuwerten (Goldsmith, 2021: 261). Die Analyse besteht aus zwei zentralen Komponenten, die Entwicklung eines analytischen Frameworks und der Anwendung dieses Frameworks.

Für die Entwicklung der Analyse von Kinder- und Jugendpartizipationsprojekten werde ich die fünf Partizipationskategorien nach Gross (2014) an eine junge Zielgruppe anpassen. Alina Gross entwickelte ein Framework zur partizipativen Praxis. Dabei untersuchte sie verschiedene Quellen und identifizierte fünf zentrale Kategorien von Partizipation. Die fünf Kategorisierungsschemata verdeutlichen fünf wesentliche Aspekte, die bei der Auswahl partizipativer Verfahren berücksichtigt werden müssen: die Zielsetzung des Prozesses, das Beteiligungsniveau, die beteiligten Akteur:innen, der Planungsprozess sowie die eingesetzten Methoden selbst (Gross, 2014: 118). Alina Gross entwickelte ein neues Modell, das die fünf Kategorien in eine relationale bzw. zeitliche Abfolge einbettet (Gross, 2014:121). Diese Arbeit analysiert die fünf Kategorien und fügt als zusätzliche Kategorie die Evaluation hinzu. Dabei ist die Evaluation ein zentrales Instrument zur Überprüfung, ob Kinder und Jugendliche beim Planungsprozess tatsächliche Mitspracherechte hatten und ob ihre geäußerten Wünsche, Pläne oder Ideen umgesetzt wurden.

Zusätzlich schreibt Derr et al. (2018) eindrücklich, dass eine Weiterentwicklung von Projekten und Programmen nur dann gelingen kann, wenn Reflexion in verschiedenen Formen stattfindet. Im Rahmen eines Programms können die beteiligten Partner Erfolge benennen,

Verbesserungsbedarf identifizieren und Möglichkeiten zur Anpassung des Programms sowohl kurzfristig als auch langfristig entwickeln. Reflexion ist somit ein zentraler Bestandteil eines zyklischen Lernprozesses, in dem alle Beteiligten das Prinzip „Bildung für alle“ verinnerlichen (Derr et al., 2018:257).

4.4 Framework

Diese sechs Kategorien im Kapitel 2.8.2 zur Umsetzung von Partizipation spiegeln die zentralen Erkenntnisse aus unterschiedlichen Perspektiven der Forschung zur Kinder- und Jugendpartizipation wider und ermöglichen Projekte nach der Wirksamkeit zu bewerten. Die Struktur ermöglicht, zudem verschiedene Projekte nach Gemeinsamkeiten und Unterschieden zu vergleichen. Dabei besteht kein Anspruch auf Vollständigkeit. Vielmehr soll das Framework in Tabelle 1 als Übersicht dienen, um einzuschätzen, in welchen Bereichen eines Projekts Partizipation bereits wirkungsvoll umgesetzt wird und in welchen es noch Potential zur Verbesserung gibt. Abbildung 2 gibt einen Überblick über die sechs Bereiche und ihre Zusammenhänge.

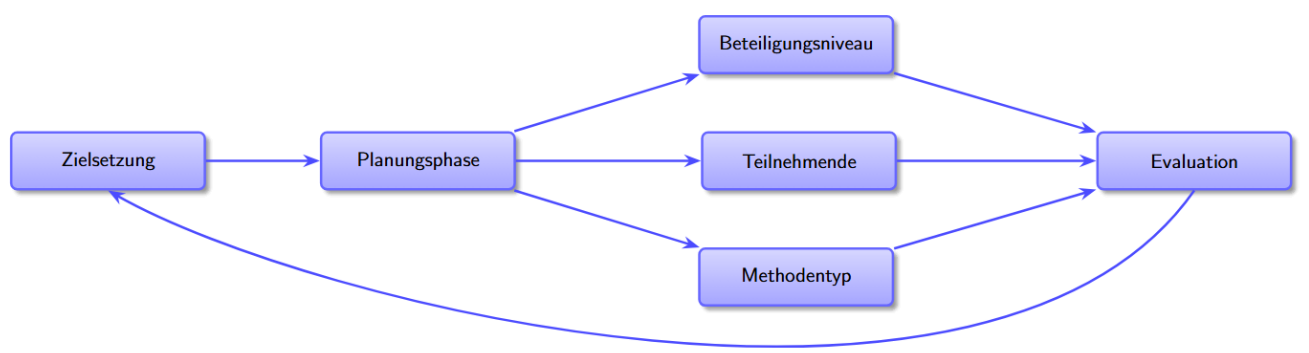


Abbildung 2: Übersicht zu den sechs Bereichen der Analyse und ihrer Zusammenhänge (eigene Abbildung)

Kategorie	Analysebereich	Orientierung
Zielsetzung	Zieldefinition	Welche Zielsetzung verfolgt das Projekt? (z.B. Meinung einholen, Bewusstsein schaffen, Kompetenzen aufbauen)
	Zielgruppenbezug	Ist die Zielgruppe klar definiert? (Altersgruppe, Bildungshintergrund, Interessen)
Planungsphase	Zeitpunkt der Einbindung	Ab wann werden Kinder und Jugendliche einbezogen?
	Dauer und Ressourcen	Wie lange dauert der Beteiligungsprozess und welche Ressourcen stehen zur Verfügung?
Beteiligungsniveau	Information und Konsultation	Wurden Kinder und Jugendliche nur über das Projekt informiert oder konnten sie auch eigene Anliegen einbringen?
	Einverständnis, Fürsprache und Inkorporation	Gab es Gelegenheiten für Kinder und Jugendliche, Vorschläge zu entwickeln und in Entscheidungsfindungen einzubringen?
	Partnerschaft, delegierte Macht, Bürgerkontrolle	Wurden gemeinsam mit Kindern und Jugendlichen Entscheidungen getroffen oder ihnen eigenständig Verantwortung übertragen?
Teilnehmende	Zugang und Erreichbarkeit	Wer ist beteiligt? (Alter, Geschlecht, sozioökonomischer Hintergrund, kulturelle Vielfalt, Inklusion)
	Projektverantwortung	Wer führt das Projekt durch? (Ausgebildetes Personal, Fachwissen zu Kinderpartizipation, persönliche Beziehung zur Zielgruppe)
Methodentyp	eingesetzte Methoden	Welche Methoden und wie viele unterschiedliche werden eingesetzt? (Fragebögen, Zeichnungen, Diskussionen, Modellbau)
	Anpassung an die Zielgruppe	Wie gut sind die Methoden auf die Zielgruppe abgestimmt? (Sprache, Ausdrucksform, Interessen, Fähigkeiten)
Evaluation	Wirkung und Output	Welche Veränderungen konnten bei den Kindern und Jugendlichen beobachtet werden? Hat das Projekt zu konkreten Verbesserungen im Lebensumfeld der Kinder geführt?
	Reflexion und Feedback	Wurde eine Rückmeldung zu den Ergebnissen an die Kinder gegeben? Gab es Raum zur gemeinsamen Reflexion über den Prozess?

Tabelle 2: Framework zur Analyse (eigene Darstellung)

Das Framework wurde entwickelt, um die untersuchten Projekte nach der Wirksamkeit zu bewerten, dieses dient als Grundlage für die Auswertung der Expert:inneninterviews. Dabei wurde Interviewleitfaden entlang der zentralen Kategorien des Frameworks aufgebaut. Dadurch können die Aussagen der Expert:innen den jeweiligen Analysebereichen zugeordnet werden. Insgesamt bietet das Framework eine methodische Orientierung, um sowohl dokumentierte Projekthinhalte als auch subjektive Einschätzungen der Expert:innen vergleichbar zu analysieren. Dabei werden theoretische Modelle der Partizipation mit empirischen Daten verknüpft, um bewerten zu können, inwiefern Kinder und Jugendliche in der Wiener Stadtentwicklung mitgestalten dürfen.

4.5 Eingesetzte Methoden

4.5.1 Literaturarbeit

Die Literaturarbeit stellt einen zentralen Bestandteil jeder qualitativen Forschung dar (Carey, 2012; Lamnek, 2010; Ridder, 2020; Silverman & Patterson, 2021). Dabei ist die Literaturrecherche die erste Phase im Forschungsprozess und gibt einen Überblick über das Wissen, welches es bereits zu dem Thema gibt (Carey, 2012:22). Weiteres hilft es, das eigene Thema von anderen Arbeiten abzugrenzen und die Forschungslücke zu identifizieren. Besonders wichtig ist hierbei die Möglichkeit, Methoden und Ergebnisse anderer mit dem eigenen Forschungsvorhaben zu vergleichen und in Beziehung zu setzen (Carey, 2012:22).

Die Literaturarbeit befindet sich demnach am Anfang dieser Arbeit, im State-of-the-Art werden aktuelle Paradigmen und Theorien aufgegriffen und detailliert betrachtet. Bei der Recherche wurde drauf geachtet, aktuelle wissenschaftliche Beiträge in englischsprachiger und deutschsprachiger Sprache zu verwenden. Für die Recherche wurde vorwiegend die UNI Wien online Bibliothek verwendet. Zur Identifikation relevanter Literatur wurde neben systematischer Suche nach den Schlüsselbegriffen auch das sogenannte Schneeballsystem angewendet. Dabei werden zentrale Publikationen genutzt, um über deren Literaturverzeichnisse auf weitere einschlägige Quellen zu stoßen. Diese Vorgehensweise eignet sich insbesondere in Forschungsfeldern, in denen die Literatur breit gestreut oder nicht vollständig über Schlagwortsuchen in Datenbanken auffindbar ist (Lamnek, 2010:175). Durch das wiederholte Rückverfolgen von Zitaten kann ein thematisch kohärenter und eine theoretisch fundierter Literaturübersicht aufgebaut werden.

Im nächsten Schritt gilt es zu klären, welche (theoretischen) Annahmen zur Beantwortung dieser Forschungsfrage herangezogen werden sollen. Zudem muss entschieden werden, mit welchen Instrumenten die Daten für die Fallstudie erhoben und analysiert werden. Zur theoretischen Einordnung der empirischen Daten wird ein Framework entwickelt. Dabei ist das Ziel, durch Theorie die empirischen Erkenntnisse besser analysieren und einzuordnen zu können (Ridder, 2020: 53). Ein konzeptuelles Framework ist demnach eine visualisierte (theoretische) Orientierung, die die Untersuchung leitet. Es visualisiert die Annahmen der Forschenden, hebt relevante Komponenten hervor und zeigt, wie diese miteinander in Beziehung stehen (Ridder, 2020:53).

4.5.2 Projektanalyse

Die Arbeit verwendet die Fallstudienforschung als Methode. Ziel ist es, konkrete Partizipationsprojekte mit Kindern und Jugendlichen im stadtplanerischen Kontext zu untersuchen. Die Fallstudienforschung ist eine detaillierte, tiefgehende Auseinandersetzung mit einem vorab definierten Fall. Ziel ist es, die Eigenschaften, Dynamiken und Zusammenhänge des Falles umfassend zu verstehen (Carey, 2012:141, Ridder, 2020:116). Die Auswahl eines Falles in der Fallstudienforschung erfordert eine begründete und reflektierte Entscheidung. Ein Fall sollte aufgrund der Möglichkeit gewählt werden, neue oder vertiefende Erkenntnisse zu gewinnen. Die dichte Beschreibung ist dabei zentrales Qualitätsmerkmal dieser Methodologie (Carey, 2012:143).

Die Wahl der Projektanalyse als Forschungsmethode ergibt sich aus mehreren Überlegungen. Die Fallstudienanalyse ermöglicht, konkrete, lokal gebundene Partizipationsprozesse systematisch zu untersuchen. Die Analyse erlaubt einen praxisnahen Einblick in die Umsetzung von Partizipationsvorhaben anhand von realen Beispielen. Die Methode bietet ein inhaltlich überschaubares, zugleich aber datenreiches und erklärungskräftiges Untersuchungsdesign.

Fallauswahl

In Wien existieren zwei größere Programme, die das Ziel verfolgen, Kinder und Jugendliche aktiv an stadtplanerischen Prozessen zu beteiligen: das Kinder- und Jugendparlament sowie die Kinder- und Jugendmillion (Stadt Wien, 2025).

Die Jugendmillion ist ein Projekt, bei dem die Stadt Wien Kindern und Jugendlichen alle zwei Jahre eine Million Euro zur Verfügung stellt, um ihre Stadt mitzugestalten und ihre Projektideen

einzubringen (Stadt Wien, 2025). Bei diesem Ansatz der Partizipation steht keine langfristige strukturelle Beteiligung im Vordergrund, sondern punktuelle Projektförderung. Aus diesem Grund wird diese Arbeit das Projekt Kinder und Jugendparlament auf Bezirksebene untersuchen. Dabei ist eine klare begriffliche Unterscheidung notwendig. Zum einem existiert ein städtisches Kinder- und Jugendparlament, bei dem sich Kinder und Jugendliche freiwillig anmelden können, um auf gesamtstädtischer Ebene politische Anliegen zu formulieren und voranzubringen.

Zum anderen gibt es das bezirksbezogene Kinder- und Jugendparlament, das projektförmig in enger Zusammenarbeit mit Schulen, außerschulischen Einrichtungen oder Jugendzentren durchgeführt wird. Diese Projekte tragen je nach Bezirk unterschiedliche Bezeichnungen, etwa *WordUp!*, Kinder- und Jugendbeteiligung, Kinder- und Jugendforum usw. (WIENXTRA, 2025). Diese Formate unterscheiden sich hinsichtlich Struktur, Dauer, methodischer Ausrichtung und Einbindung in lokale Bildungs- und Verwaltungskontexte. Diese Initiativen werden in dieser Arbeit genauer betrachtet, weil sie laut Recherche gute Voraussetzungen für gelingende Beteiligung bieten. Sie beinhalten langfristige Strukturen, arbeiten eng mit Schulen zusammen und ermöglichen dadurch vielen Kindern und Jugendlichen aus unterschiedlichen Gesellschaftsschichten einfache Mitgestaltung. Tabelle 3 gibt eine Übersicht über die verschiedenen Initiativen in den Bezirken.

Bezirk	Verantwortlicher Verein	Name des Kinder- und Jugendparlaments
1.,4.,7.,8.,13.,18.,19., 14.	Wiener Familienbund	Kinder- und Jugendbeteiligung
2., 9.,17.,20., 21., 23.	Jugendzentren	Word UP! Jugendparlament
3.,6., 15	JUVIVO	Jugendparlament Ju*Pa
5.	Parkbetreuung	Kinder- &Jugendparlament
10.	Kinderfreunde	Schülervertreter*innen-Club
11.	Keine Informationen	Keine Information
12.	Bezirksvorstellung des 12. Bezirks	Kinder- und Jugendbeirat Meidling
14.	Jugendtreff Penzing	JUPA Jugendparlament Penzing
16.	Schülerinnenparlament Otterkring	MachMit! Schülerinnenparlament Otterkring
22.	Zeit! Raum	RED MIT Donaustädter Jugendparlament

Tabelle 3: Übersicht über die Kinder- und Jugendpartizipationsformate in den jeweiligen Bezirken (eigene Darstellung)

Das Kinder- und Jugendparlament von den Wiener Jugendzentren und vom Kinder- und Familienbund werden als exemplarische Beteiligungsformate ausgewählt, da diese gemeinsam in mehr als der Hälfte der Bezirke in Wien tätig sind. Da es zu den beiden Initiativen wenig bis keine öffentlich zugänglichen Informationen über die konkrete Umsetzung gibt, werden Expert:inninterviews durchgeführt.

4.5.3 Semi-strukturierte Expert:inneninterviews

Für die Fallstudienanalyse werden insgesamt drei Halbstrukturierte Interviews durchgeführt, die Personen haben dabei eingewilligt namentlich genannt zu werden. Interviews sind eine geeignete Methode, um tiefergehende Einblicke in die strukturellen Bedingungen,

Herausforderungen und Wirkungsweisen partizipativer Projekte mit Kindern und Jugendlichen in der Stadtplanung zu gewinnen, die sonst in keiner anderen Form gewonnen werden können. Halbstrukturierte Interviews eignen sich gut, um ein vertieftes Verständnis der Wahrnehmungen und Deutungen zentraler Akteur:innen zu gewinnen (Silverman, 2021: 69).

Die Interviewführung erfolgt in dieser Arbeit anhand eines thematischen Leitfadens und wird ausschließlich mit offenen Fragen geführt, dabei bekommen die Expert:innen keine Antwortkategorie, sondern können frei Antworten. Dabei kann die Reihenfolge je nach Gesprächsverlauf flexibel angepasst werden (Carey, 2012:112).

Ein Interviewleitfaden enthält eine Einverständniserklärung, „Grand-Tour“-Fragen mit anschließenden Vertiefungsfragen, demografischen Fragen und einem abschließenden Ausklang. Diese Elemente sind im Interviewleitfaden klar gegliedert und kommen in verschiedenen Phasen des Interviews zum Einsatz (Silverman, 2021, S. 70). Die „Grand-Tour“-Die gewählten Fragen geben einen Überblick über zentrale Themenbereiche, die für das Forschungsvorhaben von Interesse sind und werden in dieser Arbeit entlang des entwickelten Analyse-Frameworks abgeleitet. Die Hauptfragen werden mit spezifischen Anschlussfragen erweitert, die dazu dienen, Details und Zusammenhänge innerhalb eines Themas weiter auszuführen. Beide Fragetypen sind offen formuliert. Da die Expert:innen unterschiedliche Aufgaben im Projekt haben, wurde der Leitfaden zu jeder Person leicht angepasst.

Die Interviews fanden persönlich oder online über Google-Meetings im August und im September 2025 statt. Der Interviewleitfaden ist für eine Stunde konzipiert, die tatsächliche Dauer hängt vom jeweiligem Gesprächspartner oder von der jeweiligen Gesprächspartnerin ab. Die durchgeführten Expert:innen-Interviews wurden aufgenommen und vollständig transkribiert. Die Auswertung erfolgt nach der qualitativen Inhaltsanalyse nach Mayring (Mayring, 2022). Ziel ist es, dass die Interviews nicht frei interpretiert werden, sondern die Analyse entlang klarer Regeln und definierten Analysebereichen stattfindet (Mayring, 2022:49).

„Das Kategoriensystem stellt das zentrale Instrument der Analyse dar (Mayring, 2022:50).“

Die Bildung der Kategorien erfolgt demnach deduktiv anhand des entwickelten Frameworks, welches zentrale Dimensionen in sinnvolle Einheiten unterteilt. Die Transkription wird im ersten Schritt nach relevanten Sachverhalten den Kategorien zugeordnet. Die nicht relevanten

Passagen der Transkription werden verworfen. Falls Inhalte auftauchen, die keiner Kategorie zugeordnet werden können, bilden diese eine neue Kategorie und erweitern die Analyse induktiv. Obwohl die qualitative Inhaltsanalyse ein Werkzeug ist, welches in verschiedenen Punkten flexibel gestaltet werden kann, gelten trotzdem die Gütekriterien Objektivität, Reliabilität und Validität (Mayring, 2022:52).

Objektivität ist gegeben, wenn die Ergebnisse der Forschung unabhängig von der Person der Forschenden zustande kommen und nicht durch deren persönliche Sichtweisen oder Erwartungen beeinflusst werden. In dieser Arbeit wird Objektivität angestrebt, indem die Durchführung der Interviews entlang eines vorab erstellten Leitfadens erfolgt. Gleichzeitig erhalten die befragten Expert:innen die Möglichkeit, Perspektiven und Informationen einzubringen, die von der bisherigen Annahme der Forschenden abweichen. Die Auswertung ist dabei regelgeleitet und wird nach einem deduktiv entwickelten Kategoriensystem durchgeführt.

Reliabilität ist gegeben, wenn der Analyseprozess systematisch und konsistent durchgeführt wird. Das Vorgehen der Fallstudie muss sorgfältig dokumentiert sein, sodass spätere Forschende bei gleichem Vorgehen zu denselben Ergebnissen und Schlussfolgerungen gelangen können (Ridder, 2020:127). In dieser Arbeit werden alle gewonnen Erkenntnisse und Methoden ausführlich beschrieben, dadurch kann die Nachvollziehbarkeit gewährleistet werden.

Validität bezieht sich auf die inhaltliche Gültigkeit der gewonnenen Ergebnisse (Ridder, 2020:127). Das entwickelte Analyse-Framework bildet zentrale Dimensionen gelingender Partizipation systematisch ab und der Leitfaden bildet diese Dimensionen ab.

4.5.4 Dokumentenanalyse

Die Dokumentenanalyse wird im Rahmen dieser Arbeit als ergänzende Methode zur Fallstudienanalyse herangezogen, um ausgewählte strategische Grundlagen und öffentliche Materialien zur Kinder- und Jugendpartizipation in Wien systematisch auszuwerten. Im Zentrum steht dabei die zweite Forschungsfrage, die sich auf bestehende Handlungsspielräume und strukturelle Bedingungen der Mitbestimmung konzentriert.

Dokumente gelten in der qualitativen Forschung als wertvolle Datenquelle, da sie unabhängig von einer konkreten Forschungssituation entstehen und damit authentischen Einblick in institutionelle Strategien und formale Rahmenbedingungen ermöglichen (Carey, 2012:129). Sie

können als zusätzliche Perspektive herangezogen werden, um politisch-administrative Kontexte oder programmatische Zielsetzungen nachzuvollziehen (Patterson & Silverman, 2021:113).

Für die vorliegende Arbeit wird die Dokumentenanalyse bewusst nicht als primäre Datenerhebungsmethode verwendet, da öffentliche Unterlagen nur begrenzt Aufschluss über die konkrete Umsetzung von Partizipationsprojekten geben. Die tatsächlich gelebte Beteiligungspraxis ist oft nicht im Detail dokumentiert. Die entscheidenden Erkenntnisse zur zweiten Forschungsfrage werden daher hauptsächlich durch Expert:inneninterviews gewonnen, während die Dokumente zur Einbettung und kontextuellen Rahmung dienen.

Analysiert wurden ausgewählte, öffentlich zugängliche Dokumente der Stadt Wien, insbesondere:

- die *Wiener Kinder- und Jugendstrategie 2025-2035*,
- der *Stadtentwicklungsplan STEP 2035*,
- das *Praxisbuch Partizipation* (MA13, 2012),
- sowie projektbezogene Informationsseiten und Broschüren.

Die Auswahl dieser Quellen orientiert sich an ihrer Relevanz für die übergeordnete Fragestellung nach institutionellen Voraussetzungen gelingender Kinder- und Jugendbeteiligung. Inhalte wie Zeitungsberichte oder interne Kommunikation wurden nicht berücksichtigt.

4.5.5 Auswahl der Expert:innen

Die Auswahl der Expert:innen orientierte sich an den Jugendvereinen, die mit den Kinder- und Jugendparlamenten über die Hälfte der Wiener Bezirke abdecken. Aus jedem Verein wird mindestens eine zentrale Ansprechperson befragt, um unterschiedliche Blickwinkel auf die Umsetzung der Kinder- und Jugendparlamente zu erhalten. Um die konkrete Praxis in den Jugendzentren näher zu beleuchten, wird zusätzlich ein Einrichtungsleiter interviewt.

Ergänzend wird der Kinder- und Jugendbeauftragte des 10. Bezirks als Interviewpartner einbezogen. Seine Perspektive liefert wichtige Informationen darüber, wie Kinder- und

Jugendpartizipation auf der Ebene der Bezirksverwaltung in stadtplanerische Prozesse eingebunden wird.

Dokumente	D1_ Stadtentwicklungsplan 2035
	D2_ Die Wiener Kinder- und Jugendstrategie 2025 bis 2030
	D3_ Jugend im öffentlichen Raum (YUS-Projekt),
	D4_ Praxisbuch Partizipation, 2012
Interviews	IW_JUG1_ Wiener Jugendzentren - Werner Prinzjakowitsch (Pädagogische Bereichsleitung), 2025
	IW_JUG2_ Wiener Jugendzentren - Lukas Mayer (Einrichtungsleitung BasE20), 2025
	IW_KF_ Kinder- und Familienbund - Stefanie Achraier (Bereichsleitung Partizipation), 2025

Tabelle 4: Analysematerial (eigene Darstellung, 2025)

4.5.6 Zusammenführung der Daten

Die erste Forschungsfrage wird mit einer systematischen Literaturlarbeit beantwortet. Diese bildet das theoretische Fundament, für den weiteren Analyseprozess.

Die zweite Frage wird mit einer Triangulation aus mehrerer Datenquellen beantwortet. Hierzu zählen aktuelle Dokumente der Stadt Wien, wie die Wiener Kinder- und Jugendstrategie 2025-2035, der Stadtentwicklungsplan 2035, das Praxisbuch Partizipation 2012 und die Informationen der Expert:innen sowie weitere online verfügbare Materialien zu den untersuchten Projekten. Ergänzend werden qualitative Daten aus Expert:inneninterviews erhoben, um ein tieferes Verständnis für die konkrete Umsetzung von Partizipationsprojekten zu gewinnen. Diese Kombination verschiedener Datentypen erlaubt eine multiperspektivische Betrachtung der Fragestellung. Die Mixed-Methods-Ansätze ermöglichen es, eine Fragestellung aus verschiedenen Perspektiven zu betrachten oder zusätzliche Komplexitätsebenen zu erschließen, die durch eine einzelne Methode nicht zugänglich wären (Silverman & Patterson, 2021:11). Auch Carey hebt hervor, dass vergleichende Fallstudienanalysen davon profitieren, wenn sie durch unterschiedliche Datentypen ergänzt

werden. Eine solche Herangehensweise ermögliche es, Unterschiede und Gemeinsamkeiten herauszuarbeiten und gleichzeitig theoriegeleitete Thesen zu überprüfen oder weiterzuentwickeln (Carey, 2012:223). Ziel ist es, die Einbettung der Partizipationspraxis und ihre konkrete Umsetzung in der Stadtplanung kritisch zu reflektieren.

Die Fallstudienanalyse mit einer Triangulation von Daten ermöglicht Daten zu validieren, indem sie mehrere Messungen desselben Phänomens heranziehen. Dadurch können zentrale Beobachtungen durch verschiedene Informationsquellen gegengeprüft und abgesichert werden (Silverman & Patterson, 2021: 121). Dabei dient das Analyse-Framework als strukturierendes Instrument, um die Informationen aus den Interviews und Dokumenten systematisch auszuwerten und miteinander zu verknüpfen.

4.6 Ziele und Reichweite der Forschung

Ziel dieser Masterarbeit ist es, zu untersuchen, wie partizipative Projekte in der Stadtplanung mit Kindern und Jugendlichen gestaltet werden können, um wirksam, nachhaltig und altersgerecht umgesetzt zu werden (Forschungsfrage 1). Anhand einer komparativen Fallstudienanalyse wird untersucht, wie konkrete Wiener Beteiligungsprojekte strukturiert sind, welche Partizipationsgrade sie ermöglichen und welche Barrieren bestehen (Forschungsfrage 2). Dabei werden qualitative Expert:inneninterviews mit Verantwortlichen sowie ergänzende Dokumentenanalyse eingesetzt. Die Conclusio soll dabei eine Handlungsempfehlung für die konkrete Umsetzung von partizipativen Projekten und eine Analyse der derzeitigen Situation von Wien beinhalten.

Die Masterarbeit begrenzt sich auf den städtischen Raum Wien, dabei liegt der Fokus auf institutionalisierte Projekte, die Partizipation von Kindern und Jugendlichen im Bereich der Stadtentwicklung zum Ziel haben. Die Arbeit erfasst nicht alle Beteiligungsprojekte Wiens, sondern analysiert exemplarische Fälle, die aufgrund ihrer Struktur, Dauerhaftigkeit und Einbindung von Schulen als besonders relevant für wirksame Mitbestimmung gelten.

Weiteres muss kritisch erwähnt werden, dass sich die Arbeit nicht mit den subjektiven Erfahrungen der teilnehmenden Kinder und Jugendlichen beschäftigt, sondern an Fachpersonen in Planung, Verwaltung und Bildungswesen richtet. Die Arbeit gibt somit einen theoretischen Überblick zur Gestaltung partizipativer Projekte mit Kindern und Jugendlichen und eine Analyse aktueller Formen partizipativer Stadtplanung in Wien.

6. Empirische Analyse

Um die partizipativen Handlungsspielräume von Kindern und Jugendlichen in Wien zu analysieren, werden zunächst zentrale strategische und praxisorientierte Dokumente der Stadt Wien herangezogen. Ziel dieser Analyse ist es, herauszuarbeiten, welche Ziele und Leitprinzipien die Stadt Wien zum Thema von Partizipation mit Kindern und Jugendlichen formuliert und wie diese in der Stadtentwicklung und Jugendarbeit strukturell verankert sind.

Darauf aufbauend werden in einem zweiten Schritt die Interviews mit Expert:innen analysiert, um exemplarisch die Handlungsspielräume und Erfahrungen aus der Praxis herauszuarbeiten.

Die in der Arbeit verwendeten Abkürzungen sind zur besseren Übersicht in Tabelle 3 dargestellt.

6.1 Kontexterläuterung der Stadt Wien

Die Bevölkerung von Wien wächst kontinuierlich, im Jahr 2025 beträgt die Einwohner:innenzahl rund zwei Millionen Menschen, davon sind 393.430 Personen jünger als 19 Jahre (D1:18, D2:4). Damit gehört rund ein Fünftel der Wiener Bevölkerung zur Altersgruppe der Kinder und Jugendlichen, die von der Stadt Wien als Personen unter 19 Jahren klassifiziert werden. Die wachsende Stadt Wien erfordert eine vorausschauende Planung, die in der Lage ist, auf aktuelle gesellschaftliche und ökologische Krisen zu reagieren. Der Wien-Plan 2035 ist der aktuelle Stadtentwicklungsplan für Wien und definiert die übergeordneten Zielsetzungen bis 2035 (Planungshorizont 10 - 15 Jahre) und ist für Stadtpolitik, Stadtverwaltung und städtische Unternehmen verbindlich. Er dient Politik, Verwaltung und städtischen Unternehmen als verbindliche Leitlinie für alle raumrelevanten Entscheidungen. Stadtentwicklung wird als interdisziplinäre und kooperative Aufgabe verstanden, deren Umsetzung durch kontinuierliches Monitoring begleitet wird.

Inhaltlich baut der Wien-Plan auf dem STEP 2025 auf und richtet die Stadtentwicklung noch stärker auf Klimaschutz, soziale Gerechtigkeit, Ressourcenschonung und nachhaltige Mobilität aus. Einen besonderen Stellenwert nimmt die Partizipation ein, Beteiligung, Kooperation und Transparenz werden als Grundpfeiler zukunftsfähiger Stadtentwicklung definiert und bilden die Grundlage für Beteiligungsformate, die insbesondere auch Kinder und Jugendliche aktiv in Planungsprozesse einbeziehen (D1:8-9). Um die Mitarbeiter:innen der Verwaltung und

städtischer Institutionen bei der Umsetzung dieser Leitlinien zu unterstützen, wurde das Praxisbuch Partizipation (2020) entwickelt. Es richtet sich an Fachkräfte, die in der Stadtplanung, im öffentlichen Raum oder in verwandten Bereichen tätig sind und bietet methodische Hilfestellungen für die Planung und Durchführung von Beteiligungsprozessen (D4:6).

Die Stadt Wien unterscheidet drei verschiedene Formen der Beteiligung: Information, Konsultation und Kooperation. Die Information als Form der Beteiligung wird dabei nur als Fundament gesehen, um zu Konsultation oder Kooperation zu gelangen (D4: 11-12). Entscheidend für das Gelingen solcher Prozesse ist es den *„ehrlichen Wunsch, die Interessen und Bedürfnisse der Menschen oder Organisationen, die von der Planung betroffen sind, zu verstehen und zu berücksichtigen“* (D4:15). Weitere zentrale Aspekte erfolgreicher Partizipation sind die Anwendung angepasster Methoden sowie die frühzeitige Einbindung aller relevanter Akteur:innen in den Planungsprozess (D4:22).

Die Beteiligung junger Menschen in Wien ist nicht nur politisch gewollt, sondern rechtlich verankert. Artikel 12 der UN-Kinderrechtskonvention, Artikel 24 der Europäischen Grundrechtecharta sowie Artikel 4 des Bundesverfassungsgesetzes über die Rechte von Kindern sichert Kindern und Jugendlichen das Recht zu, in allen sie betreffenden Angelegenheiten gehört zu werden und an Entscheidungen mitzuwirken. Partizipation ist damit keine freiwillige Maßnahme, sondern eine rechtliche Verpflichtung der Stadt Wien (D2:11).

Auf dieser Grundlage arbeitet die Stadt Wien kontinuierlich an der Entwicklung partizipativer Formate für Kinder und Jugendliche. Im Jahr 2001 wurde mit *WordUp!* das erste Kinder- und Jugendparlament durch den Verein Wiener Jugendzentren initiiert. Mit dem Ziel, Kindern sowie Jugendlichen eine Möglichkeit zu geben, ihre Ideen und Anliegen für ihren Stadtteil einzubringen und gleichzeitig politische Entscheidungsprozesse kennenzulernen (D3:13). Dieses Format hat sich mit dem Namen Kinder- und Jugendparlament in allen Wiener Gemeindebezirken etabliert (D2:12).

Eine weitere zentrale Maßnahme zur Stärkung der Mitsprache von Kindern und Jugendlichen ist die Entwicklung der Wiener Kinder- und Jugendstrategie 2020-2025. Grundlage dafür ist die „Werkstadt Junges Wien“ (2019), bei der über 22.000 Kinder und Jugendliche in rund 1.300 Workshops ihre Vorstellungen einer lebenswerten Stadt einbrachten. Aus diesen Ergebnissen entstand die Kinder- und Jugendstrategie 2020-2025 mit insgesamt 193 Maßnahmen, die 2020 vom Wiener Gemeinderat beschlossen und rechtlich verankert wurde (D2:11).

Mit der neuen Strategieperiode 2025-2030 arbeitet Wien weiterhin daran, Kinder und Jugendliche in politische und gesellschaftliche Entscheidungsprozesse einzubinden (D2:6). Die Kinder- und Jugendstrategie 2025-2030 baut auf drei Säulen auf,

1. der vorangegangenen Strategieperiode samt Werkstatt Junges Wien,
2. der Kinder- und Jugendumfrage 2024 mit rund 2.000 Teilnehmer:innen sowie
3. den Ergebnissen des Wiener Kinder- und Jugendparlaments 2024/25,

mit dem Ziel, demokratische Teilhabe zu stärken und Kinder sowie Jugendliche aktiv an den politischen und gesellschaftlichen Entscheidungen zu beteiligen (D2:6).

In Wien gibt es für Kinder- und Jugendliche verschiedene Formen der Partizipation. Seit 2001 gibt es das Kinder- und Jugendparlament auf Bezirksebene, welches sich kontinuierlich erweitert und weiterentwickelt hat. Dieses Format, wird in Kooperation zwischen Bezirksvertretungen und Trägern der *Offenen Kinder- und Jugendarbeit* umgesetzt und erreicht eine besonders große und vielfältige Gruppe junger Menschen, da gezielt alle Wiener Schulen in den Beteiligungsprozess einbezogen werden (D2: 12).

Seit 2022 bietet das wienweite Kinder- und Jugendparlament Kindern und Jugendlichen die Möglichkeit, sich auch über die Bezirksebene hinaus zu beteiligen und stadtweite Themen gemeinsam zu diskutieren. Dadurch ist Partizipation nicht nur lokal, sondern auch stadtweit institutionell verankert. Bei diesem Format engagieren sich rund 300 junge Menschen aus ganz Wien. Inkludiert werden eine Kindergartengruppe im letzten Kindergartenjahr, Schüler:innen aus 8 Schulklassen verschiedener Bezirke und Jugendliche zwischen 14 und 20 Jahren aus ganz Wien. Daneben gibt es digitale Beteiligungsmöglichkeiten und projektbezogene Formate wie die Kinder- und Jugendmillion, bei der junge Menschen selbst über einen Teil des Stadtbudgets entscheiden (D2:12).

Trotz ihrer hohen Reichweite und zentralen Bedeutung für die lokale Beteiligungskultur gibt es zu Kinder- und Jugendparlamenten auf Bezirksebene nur wenige systematische Informationen. Dabei handelt es sich um ein Format, das durch die breite Einbindung aller Wiener Schulen und die enge Zusammenarbeit mit der Offenen Kinder- und Jugendarbeit besonders geeignet ist, viele Kinder und Jugendliche unmittelbar in ihrem Lebensumfeld zu erreichen und sie an politische Prozesse heranzuführen. Aufgrund dieser besonderen Reichweite, Alltagsnähe und pädagogischen Relevanz bildet das Kinder- und Jugendparlament auf Bezirksebene den

Analyseschwerpunkt der vorliegenden Arbeit. Im Mittelpunkt der Analyse stehen die Kategorien Zielsetzung, Planungsphase, Beteiligungsniveau, Teilnehmende, Methoden und Evaluationen.

6.2 Vergleichende Analyse der Kinder- und Jugendparlamente

Das Kinder- und Jugendparlament ist eine Initiative der Stadt Wien, welches in allen Wiener Bezirken durchgeführt wird. Für die praktische Durchführung beauftragen die Bezirksleitungen jeweils einen Jugendverein, der im jeweiligen Bezirk tätig ist (IW_JUG1). Die konkrete Ausgestaltung liegt somit bei dem Verein selbst. Die Analyse erfolgt exemplarisch anhand der Wiener Jugendzentren und des Kinder- und Familienbund, die gemeinsam 14 Bezirke in Wien betreuen und somit zentrale Träger dieser Beteiligungsstruktur darstellen.

Zielsetzung

Die Zielsetzungen beider Organisationen bestehen darin, Kindern und Jugendlichen Mitsprache zu ermöglichen und politische Prozesse erfahrbar zu machen (IW_JUG1, IW_KF). Im Zentrum stehen dabei sowohl die politische Bildung als auch die aktive Mitgestaltung des eigenen Lebensumfelds. Während beide Organisationen ihre Workshops schwerpunktmäßig in der 7. Schulstufe durchführen, erweitert der Kinder- und Familienbund sein Angebot auch auf die Oberstufe, um auch ältere Schüler:innen einzubeziehen.

Die Kinder und Jugendlichen erhalten Mitsprache, indem sie Vorschläge zur Umgestaltung ihres Bezirkes nennen dürfen (Verein Wiener Jugendzentren, 2025: 2). Die aktive Gestaltung des unmittelbaren Lebensumfelds bildet somit nicht nur einen praktischen Zugang für Jugendliche, sondern dient zugleich als Ausgangspunkt politischer Bildung. Mit konkreten Erfahrungen mit politischen Entscheidungsprozessen, wird das Ziel verfolgt Politik verständlich und unmittelbar erfahrbar zu machen.

Das Ziel der politischen Bildung ist bei den Wiener Jugendzentren in den Leitlinien mit dem Anspruch formuliert, „politische Zusammenhänge zu erleben und zu begreifen“ (Verein Wiener Jugendzentren, 2025: 8). Dabei ist das praktische Tun ein wesentliches Merkmal von politischer Bildung. Indem Jugendliche Entscheidungen treffen und Projekte aktiv mitbestimmen können, wird politisches Lernen umgesetzt (IW_JUG1, IW_JUG2).

Der Kinder- und Familienbund hebt auch die politische Bildung hervor (IW_KF). Gerade für Kinder und Jugendliche, die noch nicht wahlberechtigt sind, haben Projekte wie das Kinder-

und Jugendparlament eine besondere Bedeutung. Bei diesen Formaten können junge Menschen ihre Anliegen vorbringen und im öffentlichen Raum mitwirken (IW_KF). Ein weiterer zentraler Aspekt besteht darin, dass Jugendliche im Rahmen der Projekte ihre Bezirksvorsteher:innen kennenlernen und dadurch politische Strukturen nicht nur abstrakt vermittelt bekommen, sondern unmittelbar erleben (IW_JUG1, IW_KF). „Je früher du die Kinder und Jugendlichen abholst, desto einfacher tun sie sich, diesen Schritt zu wagen und interessieren sich dann auch tatsächlich für Wahlen“ (IW_KF:629-531).

Eng verbunden mit der politischen Bildung ist das Ziel, bei Jugendlichen Selbstwirksamkeit zu stärken. Nur wenn die vorgeschlagenen und geplanten Projekte tatsächlich realisiert werden, kann das Gefühl von Selbstwirksamkeit entstehen (IW_JUG1, IW_JUG2). Die Jugendzentren machen deutlich, dass die Zusammenarbeit mit der Bezirksebene nur dann erfolgt, wenn die von den Jugendlichen ausgearbeiteten Projekte ernsthaft geprüft und nach der Abstimmung möglichst zeitnah umgesetzt werden. Ohne diese Verbindlichkeit ist aus ihrer Sicht keine Kooperation sinnvoll, da die Schüler:innen die Umsetzung unmittelbar erleben müssen, um Selbstwirksamkeit entwickeln zu können (IW_JUG1). „*Teilhabe heißt, Macht abgeben*“ (IW_JUG1: 317).

Planungsphase

Sowohl bei den Wiener Jugendzentren als auch beim Kinder- und Familienbund blickt das Kinder- und Jugendparlament auf eine lange Tradition zurück. Die ersten Jugendparlamente wurden um das Jahr 2000/2001 eingerichtet und bestehen somit seit fast 25 Jahren. Ihr zentrales Anliegen war von Beginn an, Jugendlichen eine demokratisch parlamentarische Vertretung in ihrem Bezirk zu ermöglichen, ein Anspruch, der bis heute den Kern der Projekte prägt (IW_JUG1).

Sowohl die Durchführung als auch die Planung folgen einem einheitlichen Grundkonzept, das bei beiden Organisationen vergleichbar ist. Die konkrete Umsetzung variiert jedoch je nach Bezirk und wird an dessen Größe und individuelle Anforderungen angepasst. Für diese Grobplanung existieren jeweils übergeordnete Strukturen, die für Koordination und Leitlinien verantwortlich sind. Bei den Wiener Jugendzentren ist hierfür die Stabsstelle *WordUp!* zuständig. Sie unterstützt die Bezirke und Regionalleitungen durch das Verfassen von Förderanträgen, die Koordination von Austauschformaten, die Erarbeitung gemeinsamer Unterlagen sowie die inhaltliche Vereinheitlichung der Workshops (IW_JUG1). Die Verantwortung für die konkrete Durchführung sowie die Anpassung an die spezifischen

Bedingungen des Bezirks übernehmen die jeweiligen Jugendzentren im Bezirk (IW_JUG2, IW_JUG1). Im Kinder- und Familienbund ist die Durchführung des Kinder- und Jugendparlaments in einer eigenen Partizipationsabteilung gebündelt, welche die zentralen Verwaltungsaufgaben übernimmt. Diese Abteilung ist für Finanzen, die Koordination mit den Bezirksvorsteher:innen und Schulen sowie für die Organisation der Workshops zuständig (IW_KF). Ebenso übernimmt diese auch die Organisation von Vernetzungstreffen, die Evaluierung laufender Prozesse und die Weiterentwicklung des Formats. Damit werden die Ablaufplanungen beim Kinder- und Familienbund stärker zentralisiert.

Der erste Schritt bei den Workshops ist immer die Kontaktherstellung zu den Schulen, diese erfolgt jeweils durch die Bezirksvorsteherung. Die Workshops werden in allen Schulen im Bezirk, die mitmachen wollen und von beiden Organisationen überwiegend in der 7. Schulstufe durchgeführt. Wie oben schon erwähnt, erweitert der Kinder- und Familienbund sein Angebot zusätzlich auf die Oberstufe. Der erste Workshop in den Schulen findet bevorzugt im Herbst statt, sodass der ganze Prozess von Ideenfindung zu Umsetzung spätestens in der 8. Schulstufe abgeschlossen werden kann (IW_JUG2, IW_KF). Bei beiden Organisationen liegt der Schwerpunkt in der ersten Stunde auf der Vermittlung von Demokratieverständnis sowie auf einer Einführung von den Zuständigkeitsbereichen des Bezirks und auf der Bedeutung von Mitbestimmung. Die Workshops dauern in der Regel zwei bis drei Stunden und werden in einzelnen Bezirken auch von der Bezirksvorsteherin oder dem Bezirksvorsteher begleitet (IW_JUG2, IW_KF).

Im 20. Bezirk, den die Wiener Jugendzentren betreuen, widmet sich die zweite Stunde des Workshops der Ideensammlung. Die Schüler:innen diskutieren, welche Veränderungen sie sich für ihren Bezirk wünschen und welche Themen für sie besonders relevant sind. Die Ergebnisse werden in vier Themenbereiche gegliedert: Natur und Umwelt/Parks, Veranstaltungen im Bezirk, persönliches Wohlbefinden (z. B. Antirassismus, Antisexismus) sowie Schule. Am Ende der Workshops wählen die Klassen Delegierte, die sie für geeignet halten, ihre Anliegen zu vertreten (IW_JUG2). Die Delegierten werden dann zu weiteren Workshops eingeladen, in denen die Ideen und Vorschläge konkretisiert und ausgearbeitet werden. In den Delegiertensitzungen werden die Vorschläge mit Expert:innen vertieft, die zugleich Rückmeldungen zur Umsetzbarkeit geben. Die ausgearbeiteten Projekte werden im Rahmen einer großen Veranstaltung in der Millennium City allen Schulen präsentiert, wo schließlich eine Abstimmung über die Umsetzung erfolgt. Die Realisierung findet noch in der 7. oder

spätestens in der 8. Schulstufe statt, sodass die Jugendlichen die Ergebnisse unmittelbar miterleben können (IW_JUG2).

Der Ablauf beim Kinder- und Familienbund ist dazu sehr ähnlich. In der zweiten Stunde des Workshops sammeln die Schüler:innen auch Ideen für ihren Bezirk, die auf bezirkspolitische Themen eingehen. Hierbei werden die Kinder und Jugendlichen mit unterschiedlichen Fragen zu den Themen hingeführt (IW_KF). „*Was macht ihr denn am liebsten in diesem Park?*“ (IW_KF:172). Dabei erzählen die Kinder frei von ihren Erlebnissen, etwa welche Orte sie gerne nutzen und wo sie auf Probleme stoßen. Diese spontanen Erzählungen werden bewusst nicht gelenkt, sondern dienen als Ausgangspunkt für weiteres Nachdenken. Die Kinder sollen selbst überlegen, welche Lösungen sie für bestehende Probleme sehen. Diese Gedanken werden im weiteren Verlauf des Workshops gesammelt und später in die gemeinsame Ideensammlung aufgenommen (IW_KF).

Anschließend besuchen die Kinder und Jugendlichen die Bezirksvorstehung ihres Bezirks und nehmen an einer sogenannten Antragssitzung teil. Dabei haben sie die Möglichkeit, ihre Ideen direkt den Bezirkspolitiker:innen und Bezirksverantwortlichen zu präsentieren, zu erläutern und sich für deren Umsetzung einzusetzen. Im Anschluss findet meist eine offene Austauschrunde statt, in der die Schüler:innen Fragen zur bezirkspolitischen Arbeit stellen und mehr über Entscheidungsprozesse erfahren können. Einige Monate darauf findet die Antwortsitzung statt, bei denen den Kindern und Jugendlichen mitgeteilt wird, welche Ideen in welcher Form umgesetzt werden.

Zwischen den Antrags- und Antwortsitzungen finden ergänzende Mitbestimmungswerkshops statt. Hierbei können die Kinder und Jugendlichen ihre Vorstellung bei der Umsetzung mitteilen und ihre Ideen weiter ausführen. Dadurch wird sichergestellt, dass die Umsetzung nach den Bedürfnissen der Kinder entsprechend realisiert wird (IW_KF).

Die finanziellen Rahmenbedingungen werden bei den Bezirken unterschiedlich gehandhabt. Jährlich wird ein Budget zur Verfügung gestellt, auf dessen Basis die Planung und Umsetzung der Projekte erfolgt (IW_JUG2, IW_KF). Prinzjakowitsch kritisiert jedoch, dass die rechtliche Grundlage auf Bezirksebene fehlt und die Mittel bislang sehr unterschiedlich gehandhabt werden. Er fordert daher eine Änderung der Wiener Stadtverfassung.

„Jeder Bezirk sollte verpflichtet sein, einen bestimmten Prozentsatz oder Promillesatz seines Budgets für Jugendbeteiligung bereitzustellen. Dieses Geld sollte nicht

zweckgebunden sein, sondern von den Jugendlichen bestimmt werden, natürlich im Rahmen der gesetzlichen Zuständigkeiten“ (IW_JUG1:329-334).

Beteiligungsniveau

Das Beteiligungsniveau der Kinder- und Jugendparlamente in Wien geht über reine Informationsveranstaltungen hinaus. Beide Organisationen schaffen einen Rahmen, indem Kinder und Jugendliche aktiv Themen bestimmen und ausarbeiten. Dabei steht das direkte soziale Umfeld im Mittelpunkt (Verein Wiener Jugendzentren, 2025: 2).

Ein zentrales Merkmal ist, dass die Jugendlichen ihre Themen selbst wählen. In den Workshops werden sie ausdrücklich ermutigt, Anliegen einzubringen, die sie persönlich betreffen, von der Gestaltung öffentlicher Räume bis hin zu gesellschaftlichen Fragen wie Gleichberechtigung oder Antidiskriminierung. Beide Organisationen betonen, dass die Themen nicht von Erwachsenen vorgegeben werden dürfen, sondern allein aus der Lebenswelt der Kinder und Jugendlichen entstehen (IW_JUG2; IW_KF). Damit wird ein hohes Maß an Autonomie gesichert.

„In der zweiten Stunde sammeln die Jugendlichen Ideen: Was würden wir im Bezirk gerne ändern? Welche Themen sind wichtig?“ (IW_JUG2:19-20)

Die Schüler:innen können beim Delegiertentreffen (Wiener Jugendzentren) oder Mitbestimmungs-Workshops (Kinder- und Familienbund) ihre Vorschläge eigenständig ausarbeiten. Bei der Konkretisierung helfen oft die entsprechenden Expert:innen mit und erklären, welche Umsetzungsmöglichkeiten bestehen. So wird sichergestellt, dass die Projekte an den tatsächlichen Bedürfnissen der Kinder orientiert sind und nicht an ihnen vorbeigeplant werden (IW_KF).

„Und dann gibt es zwischen Antrags- und Antwortsitzungen gibt es dann oft noch so, wir nennen sie, Mitbestimmungsworkshops, Mini-Workshops, wo wir dann auch bei der Umsetzung die Kinder und Jugendlichen befragen, wie sie sich das vorstellen, einfach damit wir keine Fehlplanung machen.“ (IW_KF:55-58)

Beim Kinder- und Familienbund werden alle ausgearbeiteten Themen geprüft und wenn möglich, alle umgesetzt (IW_KF). Alle Vorschläge der Kinder werden von den zuständigen Magistratsabteilungen geprüft. Falls ein Projekt nicht umgesetzt werden kann, erhalten die

Jugendlichen eine ausführliche Rückmeldung warum nicht. So bleibt der Prozess nachvollziehbar und glaubwürdig (IW_KF).

Im 20. Bezirk gibt es die Besonderheiten, dass die Schüler:innen abstimmen können, welche Initiativen stattfinden. Alle Klassen des 20. Bezirks können dabei in der Millennium City abstimmen, welche Ideen umgesetzt werden und welche nicht. Dabei erleben Jugendliche demokratische Entscheidungsprozesse unmittelbar und begreifen, dass es unterschiedliche Prioritäten gibt (IW_JUG2).

Ein weiteres zentrales Merkmal ist die Freiwilligkeit, interessierte Schüler:innen können sich als Delegierte aufstellen lassen und Verantwortung übernehmen, aber keiner wird gezwungen. Die gewählten Delegierten erhalten dabei eine zentrale Rolle. Sie entwickeln die Anliegen ihrer Klassen weiter, diskutieren diese mit Expert:innen und vertreten sie in Delegiertentreffen (IW_JUG2, IW_KF). Verbindliche Verantwortung übernehmen die Jugendlichen vor allem in den Rollen als Delegierte, in der Präsentation ihrer Anliegen oder in Mini-Workshops, wo sie die Ausgestaltung konkreter Projekte mitbestimmen (IW_JUG2, IW_KF). Insgesamt eröffnet das Beteiligungs-niveau beider Formate also echte Mitsprachemöglichkeiten und Elemente partnerschaftlicher Mitbestimmung.

Ein zentrales Element für das Erleben von Selbstwirksamkeit ist, dass die Schüler:innen die Umsetzung ihrer Vorschläge nachvollziehen können. Dies geschieht durch eine zeitnahe Rückmeldung seitens der Jugendorganisationen, beispielsweise über Social-Media-Kanäle oder im Rahmen der Workshops. So werden Fotos von neu errichteten Spielgeräten oder Berichte über Veranstaltungen veröffentlicht, wodurch die Jugendlichen die Realisierung ihrer Ideen unmittelbar wahrnehmen können. In einigen Fällen wird die Umsetzung zusätzlich durch sichtbare Zeichen wie eine Goldene Plakette hervorgehoben (IW_JUG2).

Teilnehmende und Methoden

Beide Organisationen richten ihre Workshops gezielt an Kinder und Jugendliche in der Schule, um möglichst viele Kinder und Jugendliche zu erreichen. Der niedrighschwellige Zugang über den Schulkontext gewährleistet, dass nicht nur besonders engagierte Jugendliche teilnehmen, sondern auch jene erreicht werden, die sich sonst nicht aktiv beteiligen würden.

„Die Kunst ist, auch jene zu erreichen, die von selbst nicht auf die Idee kämen, sich zu beteiligen“ (IW_JUG1:270).

Die Zielgruppe liegt bei beiden Organisationen schwerpunktmäßig in der 7. Schulstufe, also bei Jugendlichen zwischen 12 und 14 Jahren. Dieses Alter wird aus mehreren Gründen bewusst gewählt. Die Jugendlichen sind noch schulpflichtig und besuchen meist eine Schule im eigenen Bezirk. Da sich die Themen auf lokale Mitgestaltung konzentrieren, ist die lokale Verbundenheit sehr wichtig. Gleichzeitig steigt in diesem Alter das Interesse am öffentlichen Raum und an gesellschaftlichen Fragen (IW_JUG1). Schüler:innen in der 8. Schulstufe sind hingegen stärker mit Fragen der Berufs- oder Ausbildungswahl beschäftigt und weniger interessiert an bezirksbezogene Beteiligung (IW_JUG1, IW_JUG2).

Der Kinder- und Familienbund weitert das Angebot zusätzlich auf Jugendliche in der Oberstufe aus. Während in der 7. Schulstufe reguläre Klassenworkshops durchgeführt werden, findet die Beteiligung in der Oberstufe auf freiwilliger Basis statt. Hier werden die Projekte im Klassenverband vorgestellt, und interessierte Schüler:innen aller Jahrgangsstufen melden sich klassenübergreifend für die Workshops an (IW_KF). Die Freiwilligkeit soll die Beteiligungsbereitschaft erhöhen und gleichzeitig Gruppendynamiken entgegenwirken, die im regulären Klassenverband einzelne Schüler:innen davon abhalten könnten, sich aktiv einzubringen (IW_KF).

Beide Organisationen führen die Workshops in allen Schultypen durch, von Integrativen Lernwerkstätten über Mittelschulen bis hin zu Gymnasien (IW_JUG2). Die altersheterogenen Klassensituationen werden dabei nicht als Problem, sondern als Chance wahrgenommen. Die Jugendzentren haben die Erfahrung gemacht, dass in den dritten Klassen sowohl Jugendliche mit 15 Jahren als auch Kinder mit 12 Jahren sitzen, was zu unterschiedlichen Sichtweisen und Bedürfnissen führt, die das Projekt bereichern (IW_JUG2).

Da beide Organisationen aktiv in die Schulen gehen, kommt automatisch eine breite und möglichst vielfältige Teilnehmerschaft zusammen, in Bezug auf Alter, schulischen Hintergrund, sozioökonomische Voraussetzungen und individuelle Interessen. Um möglichst viele Kinder und Jugendliche zu erreichen, finden nicht nur die Schulworkshops, sondern auch alle weiterführenden Treffen während der regulären Schulzeit statt. Den Projektverantwortlichen ist bewusst, dass bereits die Einbettung der Aktivitäten in den Schulalltag für viele Schüler:innen eine zusätzliche Motivation zur Teilnahme darstellt.

Beide Organisationen setzen bei der Durchführung ihrer Projekte auf qualifiziertes Personal aus der außerschulischen Jugendarbeit. Die Wiener Jugendzentren betonen, dass ihre Jugendarbeiter:innen nicht nur methodisch geschult, sondern auch im jeweiligen Bezirk tätig sind und dadurch oftmals persönliche Beziehungen zu den teilnehmenden Jugendlichen haben.

„Der Vorteil ist, dass die Jugendarbeiter:innen den Bezirk kennen und oft auch die Jugendlichen“ (IW_JUG1: 152-154).

In der Zukunft soll bei der Initiative *Word Up!* ein Modell etabliert werden, bei dem Workshops von einer zentral geschulten, methodisch spezialisierten Fachkraft und einer Person mit regionaler Verankerung im jeweiligen Bezirk durchgeführt werden. Dadurch sollen methodische Expertise und lokale Erfahrung verbunden werden (IW_JUG1).

Auch beim Wiener Kinder- und Familienbund werden die Teams gezielt zusammengestellt. Die Bereichsleitung achtet darauf, Personen mit unterschiedlichen Ausbildungen einzubinden, etwa Studierende in Geschichte und politischer Bildung oder in Lebens- und Sozialberatung (IW_KF). Dieses Zusammenspiel unterschiedlicher fachlicher Hintergründe wird von der Bereichsleitung als förderlich für die inhaltliche Arbeit und den kollegialen Wissensaustausch beschrieben.

Im weiteren Verlauf der Kinder- und Jugendparlamente werden regelmäßig Expert:innen eingeladen, um die Kinder und Jugendlichen bei der Umsetzung ihrer Ideen zu unterstützen. Je nach Thema sind dies beispielsweise Vertreter:innen der Gebietsbetreuung, von Stadtplanungsbüros oder Organisationen, die sich gegen Rassismus, Sexismus oder Mobbing einsetzen (IW_JUG2).

„Wir laden dazu auch Expertinnen ein, zum Beispiel wenn es irgendwie um Grätzloasen, Fahrradwege, geht, ist mal die Gebietsbetreuung mit dabei oder ein Stadtplanungsbüro. Wenn es irgendwie um Antirassismus oder Mobbing geht, vielleicht mal Rad auf Draht oder Zara oder zu Sexismus haben wir mal die Catcalls eingeladen“ (IW_JUG2: 130-133).

Darüber hinaus nehmen in allen Bezirken auch politische Vertreter:innen, etwa Bezirksvorsteher:innen oder Bezirksrät:innen, an den Sitzungen teil. Diese hören sich die Vorschläge der Kinder und Jugendlichen an und sind im Falle einer Nicht-Umsetzbarkeit dazu angehalten, die Gründe nachvollziehbar zu erklären (IW_JUG1, IW_KF). Dadurch wird ein transparenter Dialog zwischen den jungen Teilnehmenden und politischen

Entscheidungsträger:innen ermöglicht, der die Nachvollziehbarkeit politischer Prozesse fördert.

Methoden

Beiden Organisationen ist es ein zentrales Anliegen, die eingesetzten Methoden an die Lebenswelt, das Alter und die Interessen der Schüler:innen anzupassen. Erfolgreiche Partizipation erfordert, dass sich Erwachsene auf die Kinder und Jugendlichen einlassen (IW_JUG1).

„Wir schauen, dass wir die Kinder und Jugendlichen dort abholen, wo sie gerade sind“
(IW_KF:41-42).

Eine zentrale Rolle spielt dabei die Verwendung einer altersgerechten Sprache. Fachbegriffe und politische Begriffe müssen auf einfache Weise erklärt werden, da die Schüler:innen andernfalls nicht mitreden können.

„Es bringt nichts, mit Begriffen zu arbeiten, die niemand versteht“ (IW_JUG1:326)

Die Workshops sind spielerisch, kreativ und motivationsfördernd gestaltet, sowohl in den Schulklassen als auch bei weiterführenden Treffen. Dabei setzen die Jugendorganisationen besonders auf ihre Expertise in der offenen Jugendarbeit (IW_JUG2, IW_KF)

Im 20. Bezirk der Wiener Jugendzentren werden von Anfang an spielerische Methoden eingesetzt, um politische Grundprinzipien wie Entscheidungsfindung, Fairness oder Machtverhältnisse erfahrbar zu machen. Planspiele mit Jenga-Steinen oder Konsensübungen mit symbolischen Ressourcen wie Schokobons veranschaulichen dabei ungleiche Ausgangsbedingungen oder schwierige Gruppenprozesse. Diese Spiele dienen als Einstieg, um demokratische Entscheidungsprozesse, Fairness und Ungleichheiten in der Gesellschaft zu diskutieren. Nach den Einstiegsübungen geht es weiter mit dem Weltcafe-Modus. Die Jugendlichen rotieren dabei zwischen den vier verschiedenen Themen Umwelt, Parks, Wohlbefinden und Schule. In dieser Phase ist das Ziel, dass sie ihre eigenen Ideen oder Probleme im öffentlichen Raum einbringen. Das Format fördert einen freien Austausch zu den jeweiligen Themen und gleichzeitig setzen die Schüler:innen ihre Prioritäten (IW_JUG2).

Auch der Kinder- und Familienbund setzt bewusst auf spielerisch-kreative Methoden, um den Zugang zu politischen Themen zu erleichtern. Dabei steht stets im Mittelpunkt, die Kinder und Jugendlichen dort abzuholen, wo sie gerade stehen, inhaltlich wie sprachlich.

Evaluierung, Herausforderungen und Wirkung

Die Evaluierung sowie die Verbesserung der Workshops beschäftigen beide Organisationen intensiv. Da Kinder- und Jugendparlamente jährlich durchgeführt werden, bestehen einerseits umfangreiche Erfahrungswerte, andererseits ergibt sich daraus die Notwendigkeit, bestehende Strukturen und Abläufe regelmäßig weiterzuentwickeln.

Die Reflexion mit den teilnehmenden Kindern und Jugendlichen erfolgt dabei auf unterschiedliche Weise. Die Wiener Jugendzentren führen nach jeder Veranstaltung eine Feedbackrunde durch, sei es nach den Schulworkshops, dem Thementag oder dem Abschlussplenum. Dafür wird jeweils ein Zeitfenster von etwa 10 bis 15 Minuten eingeräumt, bei denen gefragt wird: *„Was war heute gut? Was können wir besser machen? Was wollt ihr so nicht mehr?“* (IW_JUG2: 282-283). Besonders mit den gewählten Delegierten finden vertiefte Gespräche über ihre Erfahrungen in der Rolle und ihre Wahrnehmung des Prozesses statt. Beim Abschlussplenum, an dem über 1000 Schüler:innen teilnehmen, erfolgt das Feedback in Form eines Blitzlichts. Hierbei werden exemplarisch einzelne Jugendliche zu ihrer Zufriedenheit mit Ablauf und Ergebnissen befragt.

Der Kinder- und Familienbund setzt bei der Reflexion mit den Kindern und Jugendlichen sehr stark auf Erfahrungen und Empathie: *„Also ich glaube, bei den Kindern und Jugendlichen spürt man das, ob es passt oder nicht. Und wenn man merkt nach dem Sechsten-Workshops es funktioniert nicht, dann muss ich mich fragen, vielleicht sollte man was anderes probieren“* (IW_KF:477-479).

Die Bezirksvertretung, welche als Geldgeber fungiert, ist in den Evaluierungsprozesse stark eingebunden. Nach jedem Durchgang finden Klausur- und Feedbacktreffen statt. Auch mit Kooperationspartner:innen, etwa der Gebietsbetreuung, wird reflektiert, wie gut die Zusammenarbeit verlaufen ist. Zusätzlich werden die Initiativen, welche von den Schüler:innen geplant und mit der Hilfe der Jugendorganisationen realisiert wurden quantitativ ausgewertet (IW_JUG2, IW_KF).

Auch die Teams, die die Schulworkshops und weiterführenden Programmpunkte durchführen, setzen sich am Ende jedes Jahres zusammen, um Erfahrungen auszuwerten und

Optimierungspotenziale zu identifizieren. *„Und dann befrage ich mein Team oft, okay, was ist euer Eindruck? Was sollten wir ändern? Und dann diskutieren wir oder brainstormen wir oft“* (IW_KF:483-484).

Die Einbindung der Schulen in den Evaluationsprozess ist hingegen nur gering ausgeprägt. *„Leider sind die Schulen in die Evaluation kaum eingebunden, das finde ich schade. Da muss man sehr aktiv nachhaken, um etwas zu erfahren“* (IW_JUG1: 224).

Sowohl die Leitung von *WordUp!* bei den Wiener Jugendzentren als auch die Partizipationsabteilung des Kinder- und Familienbundes evaluieren und überarbeiten ihre Konzepte regelmäßig. Während die Workshops der Jugendzentren einem gemeinsamen Grundgerüst folgen, variiert ihre konkrete Umsetzung von Bezirk zu Bezirk. Beim Kinder- und Familienbund ist die Durchführung hingegen deutlich stärker standardisiert, da Planung, Finanzierung und Steuerung zentral über die Partizipationsabteilung koordiniert werden. Zwar streben auch die Wiener Jugendzentren mittelfristig eine Vereinheitlichung ihrer Workshopkonzepte an, derzeit befindet sich dieser Prozess jedoch noch in der Planungsphase.

Im Rahmen der laufenden Evaluierungen benennen beide Organisationen vergleichbare Herausforderungen, insbesondere in Bezug auf die Zusammenarbeit mit Schulen. Immer wieder kommt es vor, dass Schulen auf Einladungen nicht reagieren oder kein Interesse an einer Teilnahme zeigen. Dies hängt häufig entweder mit der individuellen Haltung der Schulleitung oder mit begrenzten personellen und organisatorischen Ressourcen zusammen, da Schulen bereits durch zahlreiche externe Projekte stark ausgelastet sind (IW_KF, IW_JUG2). *„Denn auch das Schulsystem ist oft am Limit, organisatorisch und personell“*(IW_JUG2: 331).

Eine weitere Herausforderung ergibt sich aus der Heterogenität der Bezirke. Jeder Bezirk bringt unterschiedliche Voraussetzungen, Themen und Zielgruppen mit sich, was eine flexible und individuelle Anpassung der Planung erfordert. *„Das sind auch ganz andere Probleme, in unterschiedlichen Bezirken [...] also es ist sehr individuell und das ist manchmal herausfordernd, aber machbar“* (IW_KF).

Die sprachlichen Barrieren stellen Herausforderungen auf verschiedenen Ebenen dar. Dabei geht es nicht nur um fehlende Deutschkenntnisse, sondern auch um die Komplexität politischer Inhalte. Besonders bei Antragssitzungen wird deutlich, dass Inhalte verständlich aufbereitet und erklärt werden müssen. *„Beteiligung muss so vermittelt werden, dass alle sie verstehen“*

(IW_JUG1:319-320). Das bedeutet, sowohl Fachbegriffe zu vermeiden als auch politische und planerische Konzepte jugendgerecht aufzubereiten. *„Es bringt nichts, mit Fachbegriffen zu arbeiten, die niemand versteht“* (IW_JUG1:326).

Hinzu kommt die Herausforderung, echte Partizipation von bloß symbolischer Beteiligung abzugrenzen (IW_JUG2, IW_KF). Wird Jugendlichen Beteiligung versprochen, aber keine ernsthafte Umsetzung ermöglicht, entsteht schnell Frustration. *„Wenn nichts umgesetzt wird, fragen sie sich: Wozu war das Ganze?“* (IW_JUG1: 315). Beide Organisationen betonen daher, wie wichtig es ist, Jugendlichen verbindliche Mitgestaltung zu ermöglichen und sie ernsthaft in Entscheidungsprozesse einzubeziehen. *„Teilhabe heißt, Macht abgeben“* (IW_JUG1: 317) Eine Forderung, die in der politischen Praxis nicht immer leicht umzusetzen ist.

Schließlich verändert sich auch das Freizeitverhalten von Jugendlichen zunehmend. Der direkte Lebensraum im Bezirk verliert für viele an Bedeutung, nicht zuletzt durch die wachsende Mobilität in der Stadt und den Einfluss sozialer Medien. Jugendliche verbringen ihre Freizeit heute nicht mehr nur im eigenen Grätzl, sondern bewegen sich oft stadtweit. Dadurch sinkt in manchen Fällen die Motivation, sich für lokale Anliegen im Bezirk zu engagieren (IW_JUG1).

Ein weiterer Aspekt, der die Arbeit in beiden Organisationen zunehmend beeinflusst, ist die wachsende gesellschaftliche Belastung, der viele Jugendliche ausgesetzt sind. Themen wie Leistungsdruck, Unsicherheit in Bildungs- und Berufsfragen, Alltagsrassismus, Sexismus sowie familiäre und finanzielle Sorgen wirken sich unmittelbar auf die Lebensrealität der Schüler:innen aus. Viele benennen diese Herausforderungen sehr deutlich: *„Wir haben weniger Geld als vor zwei Jahren“*, *„Wir haben im Winter nicht geheizt“* (IW_JUG2: 324). Die Herausforderung besteht darin, Beteiligung auch in dieser komplexen Lebenslage wirksam zu gestalten, ohne dabei Jugendliche zu überfordern. Ziel muss es sein, ihnen aufzuzeigen, dass Mitgestaltung tatsächlich einen Unterschied machen kann (IW_JUG2).

Die Wirkung der Kinder- und Jugendparlamente zeigt sich auf mehreren Ebenen. Eine der zentralen Auswirkungen ist die stärkere Identifikation der Jugendlichen mit ihrem unmittelbaren Lebensumfeld. Dies wird besonders deutlich in Bezirken, in denen Beteiligungsprozesse über mehrere Jahre hinweg kontinuierlich stattfanden. *„Diese Bank haben wir damals beschlossen“* (IW_JUG1: 266) solche Aussagen verdeutlichen, wie nachhaltig die Mitgestaltung von öffentlichen Räumen wahrgenommen wird.

Darüber hinaus entwickeln die Jugendlichen ein realistisches Verständnis politischer Prozesse. Sie erfahren, dass politische Entscheidungen nicht nur vom eigenen Wunsch, sondern auch von Aushandlungsprozessen, Interessenskonflikten und Zuständigkeiten abhängen. Sie erkennen, dass andere Kinder oft andere Anliegen haben und dass Politik bedeutet, Kompromisse zu finden.

Auch die persönliche Erfahrung von Gehörtwerden spielt eine zentrale Rolle. Besonders wirksam empfinden die Jugendlichen jene Situationen, in denen ihnen auf Augenhöhe begegnet wird. Der direkte Austausch in Kleingruppen vermittelt ihnen das Gefühl, ernst genommen und in ihrer Rolle als nächste Generation wertgeschätzt zu werden. Dadurch entsteht ein greifbares Erlebnis politischer Teilhabe, das über symbolische Beteiligung hinausgeht (IW_KF).

Die Wirkung des Projekts beschränkt sich dabei nicht nur auf die Jugendlichen. Auch Politiker:innen selbst reflektieren über ihre Haltung zur Jugend und gewinnen neue Perspektiven: „Manche haben nach Jahren gesagt, dass sie Jugend völlig anders sehen“ (IW_JUG1: 228-229).

Zudem gewinnen die Organisationen selbst wertvolle Einblicke in die Lebenswelt und politischen Haltungen der Jugendlichen. Ihnen wird in den Schulworkshops deutlich, wie präsent Themen wie Fake News oder Verschwörungstheorien sind, aber auch, wie gut viele Jugendliche informiert und diskussionsfähig sind. Ein wesentlicher Effekt liegt zudem in der Vernetzung. Jugendliche lernen, wer im Bezirk wofür zuständig ist, etwa die Bezirksvorsteherin, und können politische Fragen direkt adressieren. Gleichzeitig entstehen Kooperationen mit externen Akteur:innen, etwa mit der Kinder- und Jugendanwaltschaft.

6.3 Partizipationsmöglichkeiten in Wien für junge Menschen

Insgesamt bietet die Stadt Wien Kindern und Jugendlichen ein breites Spektrum an Beteiligungsmöglichkeiten. Das Kinder- und Jugendparlament auf Bezirksebene unterscheidet sich vom wienweiten Kinder- und Jugendparlament dadurch, dass alle Schulklassen eines Bezirks teilnehmen können und ausschließlich Initiativen umgesetzt werden, die den jeweiligen Bezirk betreffen - also etwa Veranstaltungen oder konkrete Veränderungen wie die Beleuchtung in einem Park. Damit ist das bezirkliche Kinder- und Jugendparlament ein zentrales Instrument, um jungen Menschen Mitsprache im unmittelbaren Lebensumfeld zu ermöglichen.

Ergänzt werden diese Formate durch digitale und projektbasierte Beteiligungen wie die Kinder- und Jugendmillion. Diese Angebote geben insbesondere sehr motivierten Kindern und Jugendlichen die Möglichkeit, eigene Projekte und Ideen umzusetzen. Die verschiedenen Ebenen und Formate zeigen, dass Partizipation in Wien politisch gewollt ist und in mehreren Formaten umgesetzt wird.

Die Analyse der Umsetzungen durch die Wiener Jugendzentren und den Wiener Kinder- und Familienbund zeigt, dass Kindern und Jugendlichen reale Mitbestimmungsmöglichkeiten eröffnet werden. Der Beteiligungsprozess ist methodisch durchdacht, altersgerecht gestaltet und in den schulischen Alltag eingebunden. Die Jugendlichen wählen Themen selbst, arbeiten konkrete Vorschläge aus und wirken aktiv an Entscheidungsprozessen mit. Vorschläge werden geprüft, bei Bedarf adaptiert und, wenn möglich, umgesetzt; Rückmeldungen erfolgen transparent und nachvollziehbar. Dieses strukturierte Vorgehen stärkt Selbstwirksamkeit und fördert politisches Verständnis. Herausforderungen bestehen insbesondere in der Zusammenarbeit mit Schulen, in der verständlichen Vermittlung politischer Inhalte sowie in der Sicherstellung verbindlicher Umsetzung. Dennoch leisten beide Träger durch pädagogische Expertise, methodisches Vorgehen und die strukturelle Einbettung ihrer Formate einen wirkungsvollen Beitrag zur politischen Bildung und zur Demokratisierung auf lokaler Ebene.

7. Diskussion

In diesem Kapitel werden die empirischen Befunde zur Kinder- und Jugendpartizipation in Wien mit dem theoretischen Forschungsstand verknüpft. Ziel der Arbeit ist es herauszufinden, welche Mitbestimmungsmöglichkeiten Kindern und Jugendlichen in der Wiener Stadtentwicklung derzeit offenstehen (Forschungsfrage 2). Damit partizipative Beteiligungsformate analysiert werden können, befasst sich die Literaturrecherche mit der Frage, wie partizipative Projekte gestaltet sein müssen, um wirksam, nachhaltig und altersgerecht zu sein (Forschungsfrage 1). In Kapitel 7.3 wird darauf aufbauend diskutiert, welche Weiterentwicklungen zur Sicherung von Beteiligung auf unterschiedlichen Ebenen erforderlich sind.

7.1 Wirksame, nachhaltige und altersgerechte Partizipationsprojekte in der Stadtplanung

Partizipation ist deshalb so zentral, weil sie direkt an den Lebenswelten von Kindern und Jugendlichen im öffentlichen Raum ansetzt. Öffentliche Räume sind für ihre biografische und soziale Entwicklung von großer Bedeutung: Sie fungieren als soziale Erfahrungsräume, in denen Zugehörigkeit erprobt, Interessen verhandelt und gesellschaftliche Rollen reflektiert werden. Gleichzeitig zeigt die Theorie, dass eine vorwiegend autozentrierte und funktional ausgerichtete Stadtentwicklung zur Verdrängung junger Menschen aus diesen Räumen, zur Verknappung von Aktionsräumen und zur Marginalisierung ihrer Bedürfnisse führt. Kinder und Jugendliche sind besonders von unsicheren Verkehrsstrukturen, mangelnden Aufenthaltsqualitäten und den Folgen des Klimawandels betroffen.

Partizipation mit Kindern und Jugendlichen ist dabei nicht nur für die beteiligten jungen Menschen und für die Gesellschaft von Vorteil, sondern in verschiedenen rechtlichen Grundlagen und strategischen Papieren ausdrücklich verankert. Gerade selbstbestimmte Beteiligungsprozesse ermöglichen es Kindern und Jugendlichen, ihre Perspektiven in die Stadtentwicklung einzubringen - etwa zu sicherer Mobilität, Spiel- und Bewegungsräumen oder grünen Rückzugsorten. Aneignung wird so zu einem aktiven, kreativen und selbstbestimmten Prozess, in dem soziale Teilhabe und Selbstwirksamkeit erfahrbar werden (Muri & Friedrich, 2009: 50). Partizipation ist somit eine zentrale Voraussetzung für kindgerechte und zukunftsfähige Städte. Die Analyse zeigt, dass Wirksamkeit, Nachhaltigkeit und Altersangemessenheit nicht durch einzelne Maßnahmen entstehen, sondern durch das Zusammenspiel mehrerer, klar definierter Elemente entlang des gesamten Beteiligungsprozesses. Aus der Theorie lassen sich folgende Bedingungen für erfolgreiche Umsetzung ableiten (vgl. Frank, 2006; Derr et al., 2018; Gross, 2014; Derr & Tarantini, 2016):

1. Präzise Zielsetzung: Eine klare Definition der Beteiligungsziele schafft Orientierung für Planende wie Teilnehmende und ermöglicht die Auswahl passender Methoden.
2. Frühe und verlässliche Einbindung: Beteiligung sollte nicht erst in späten Umsetzungsphasen stattfinden, sondern alle Planungsphasen begleiten. Dabei müssen die Rahmenbedingungen, wie etwa finanzielle Mittel, verfügbare Räume und zeitliche Ressourcen, von Anfang an klar sein.

3. Angemessenes Beteiligungsniveau: Wirkliche Mitbestimmung setzt voraus, dass Kinder und Jugendliche eigene Anliegen einbringen und Entscheidungen beeinflussen können; rein konsultative Formate bleiben oft symbolisch (vgl. Checkoway, 2011: 342).
4. Zielgruppenorientierung: Es ist wichtig, unterschiedliche Altersgruppen einzubeziehen und Kinder und Jugendliche aus verschiedenen Einkommensschichten anzusprechen. Reichweite und Zugang müssen so gestaltet sein, dass auch weniger privilegierte Gruppen erreicht werden.
5. Alters-, sprach- und kontextangemessene Methoden: Beteiligung muss an Ausdrucksformen, Interessen und Lebenswelten von Kindern und Jugendlichen anknüpfen.
6. Verbindliche Rückmeldeschleifen: Evaluation und Rückmeldung sind zu institutionalisieren, damit sichtbar wird, welche Vorschläge umgesetzt wurden.

7.2 Ebenen der Mitbestimmung von Kindern und Jugendlichen in Wien

Zur Bewertung der Handlungsspielräume von Kindern und Jugendlichen in Wien ist zwischen institutioneller Verankerung und konkreter Umsetzung in einzelnen Initiativen zu unterscheiden.

Wien verfügt über ein breites Spektrum an Beteiligungsformaten für Kinder und Jugendliche. Partizipation ist in der Kinder- und Jugendstrategie der Stadt - u. a. aufbauend auf der „Werkstadt Junges Wien“ - programmatisch verankert und wird laufend weiterentwickelt. Zentral ist zudem die Orientierung an der UN-Kinderrechtskonvention: Eine kommunale Verankerung von Kinderrechten schafft die Grundlage dafür, dass kinderbezogene Politiken langfristig bestehen und regelmäßig überprüft werden (Cordero-Vinueza et al., 2023: 4; Riggio, 2002: 50; D2: 10). Seit 2001 existieren Kinder- und Jugendparlamente auf Bezirksebene, die in Kooperation mit der Offenen Kinder- und Jugendarbeit umgesetzt werden und durch die Einbindung aller Wiener Schulen eine besonders diverse Zielgruppe erreichen (D2: 12). Seit 2022 ermöglicht das wienweite Kinder- und Jugendparlament Beteiligung auch oberhalb der Bezirksebene und damit bei stadtweiten Themen. Ergänzend dazu bestehen digitale Beteiligungsangebote sowie projektbezogene Formate wie die Kinder- und Jugendmillion, bei der junge Menschen über Teile des Stadtbudgets mitentscheiden können. Damit ist Partizipation in Wien sowohl lokal als auch stadtweit institutionell abgesichert.

Nach der Überblicksdarstellung von der institutionellen Verankerung von Kinder- und Jugendpartizipation in Wien richtet sich der Fokus nun auf die Ergebnisse der Analyse von

bezirksbezogenen Kinder- und Jugendparlamenten. Dabei werden die wichtigsten Aspekte mit der Literatur in Beziehung gesetzt.

Die Interviews zeigen, dass beide befragten Vereine sehr klare Abläufe entwickelt haben. Es gibt benannte Leitungspersonen, definierte Rollen, feste Räume und gesicherte Ressourcen. Diese Organisationsstrukturen helfen dabei, Rollen, Zeitaufwand und Budgetprioritäten zu bestimmen. Die daraus resultierenden Organisationsstrukturen helfen dabei, Rollen, Zeitaufwand und Budgetprioritäten zu bestimmen und legen fest, auf welche Weise junge Menschen in Entscheidungsprozesse und das Management eingebunden werden (Derr et al., 2018: 16).

Die aktive Zusammenarbeit mit Schulen führt zu mehreren Vorteilen. Die Workshops finden in der Schule während der Unterrichtszeit statt. Damit wird eine zentrale Forderung der Forschung eingelöst: Beteiligung muss dort stattfinden, wo sich junge Menschen ohnehin aufhalten, und an bestehende Kooperationsstrukturen anknüpfen, weil so die Teilnahmebereitschaft deutlich steigt. Schulen fungieren dabei als zentrale Schnittstellen, da sie Lern- und Planungsprozesse miteinander verbinden und damit eine hohe Reichweite ermöglichen (Derr et al., 2018: 8; Riggio, 2002: 52). Ein wiederkehrendes Problem vieler Beteiligungsprojekte ist die Überrepräsentation ökonomisch privilegierter Gruppen (Checkoway, 2011: 342). Da im vorliegenden Fall alle Schulen im Bezirk eingebunden werden können, werden jedoch insbesondere auch Kinder und Jugendliche aus einkommensschwächeren Familien erreicht. Echte Partizipation zielt darauf ab, bislang ausgeschlossene Gruppen aktiv in Entscheidungsprozesse einzubeziehen und ihnen wirksame Einflussmöglichkeiten zu eröffnen (Arnstein, 1969: 216).

Kinder und Jugendliche können die Themen selbst wählen und dabei auch schulbezogene Anliegen einbringen. Dies entspricht der in der Literatur formulierten Forderung, dass Partizipation nur dann motivierend und emanzipatorisch wirkt, wenn junge Menschen ihre eigenen Anliegen identifizieren dürfen; werden Themen ausschließlich von Erwachsenen vorgegeben, bleibt Beteiligung häufig symbolisch (Checkoway, 2011: 342). Die Kinder- und Jugendpartizipation auf Bezirksebene befasst sich dabei ausschließlich mit Themen, die den jeweiligen Bezirk betreffen. Dies ist jedoch keineswegs ein Nachteil, sondern entspricht der in der Literatur betonten Forderung nach ortsbezogener Beteiligung, die an konkrete Lebenswelten anknüpft und dadurch Motivation und Relevanz erhöht (Derr et al., 2018: 11).

Wie Derr et al. (2018: 13, 19) betonen, braucht es für eine gelingende Partizipation lokale Schlüsselpersonen („local champions“) sowie Netzwerke zu bereits etablierten Organisationen, die Zugang zu jungen Menschen haben. Beim Kinder- und Jugendparlament werden die Kinder und Jugendlichen von Jugendarbeiter:innen begleitet, die häufig im jeweiligen Bezirk tätig sind, den Bezirk gut kennen und teilweise bereits vertraute Beziehungen zu den Kindern und Jugendlichen haben. Gleichzeitig wird Partizipation nicht als reines „Kinderprojekt“ verstanden, sondern als kooperativer Prozess, in den auch die Verwaltung und themenspezifische Stakeholder eingebunden sind. Deren Einbindung ist notwendig, da sie über das entsprechende fachliche Know-how verfügen, die Kinder und Jugendlichen bei der Umsetzung der Projekte zu unterstützen und rechtliche Rahmenbedingungen zu berücksichtigen.

Beide Organisationen passen die eingesetzten Methoden konsequent an Alter, sprachliche Voraussetzungen und Interessen der Schüler:innen an.

„Wir schauen, dass wir die Kinder und Jugendlichen dort abholen, wo sie gerade sind“
(IW_KF:41-42).

Die Workshops sind spielerisch, kreativ und motivationsfördernd gestaltet und schöpfen die Expertise der Offenen Kinder- und Jugendarbeit aus. Zentral ist zudem die Verwendung einer altersgerechten Sprache. Hinsichtlich der eingesetzten Methoden liegen die Schwerpunkte vor allem auf expressiven und situativen Methoden, die Kommunikation, gemeinsames Lernen und Aushandlungsprozesse unterstützen, sowie auf organisatorischen Methoden, die der Umsetzung der Ergebnisse dienen, etwa in Form eines Kinderstadtparlaments. Konzeptuelle Methoden, die abstraktes Denken fördern, werden hingegen seltener genannt (Horelli 1997, zit. nach Ataol et al., 2019: 37-38). In der Arbeit der beiden Vereine liegt der Fokus zudem stark auf der politischen Ebene: Kinder und Jugendliche lernen, wie Abstimmungen funktionieren, wie Entscheidungen vorbereitet werden und wie in Gruppen Konsens hergestellt werden kann.

Von der Themenfindung in den Schulworkshops bis zur tatsächlichen Umsetzung vergeht in der Regel etwa ein Jahr. Beide Organisationen betonen, dass die Kinder und Jugendlichen ihre Ideen in diesem Prozess weitgehend selbstständig ausgestalten können, gerade hier findet die eigentliche Partizipation statt. Werden Themen beziehungsweise ausgestaltete Projekte abgelehnt, muss die Bezirksvorstehung begründen, warum diese nicht umgesetzt werden können. Sobald die Projekte realisiert sind, werden die Kinder und Jugendlichen informiert. Dass ihre Ideen tatsächlich zu sichtbaren Veränderungen führen, ist ein zentraler Faktor für das

Erleben von Selbstwirksamkeit, da wirksame Beteiligung nachweislich das Gefühl eigener Wirksamkeit und die Selbstachtung von Kindern und Jugendlichen stärkt (Knowles-Yáñez, 2005: 7). Die Vereine evaluieren jedes Jahr die Zusammenarbeit mit den Kindern und Jugendlichen, der Bezirksvorstehung und weiteren Stakeholdern. Dadurch entstehen Rückmeldeschleifen, wie sie in der Literatur als Voraussetzung für nachhaltige Partizipation beschrieben werden (Derr et al., 2018: 7).

Wien verfügt insgesamt über eine Vielzahl partizipativer Beteiligungsformate für Kinder und Jugendliche. Partizipation ist sowohl rechtlich als auch in der Kinder- und Jugendstrategie der Stadt verankert. Viele dieser Angebote richten sich jedoch an ausgewählte Zielgruppen oder sind projektförmig und zeitlich begrenzt, sodass ihre Reichweite und Dauer begrenzt bleiben. Vor diesem Hintergrund konzentriert sich die vorliegende Arbeit auf die Kinder- und Jugendparlamente auf Bezirksebene, da sie als schulbasierte, niedrighschwellige Formate breiten Zugang ermöglichen. Hierbei konnte festgestellt werden: Die Wiener Jugendzentren und der Kinder- und Familienbund decken zentrale Merkmale ab, die in der Literatur als entscheidend für gelingende Partizipation beschrieben werden. Partizipation ist dann wirksam, wenn sie frühzeitig, kontinuierlich und mit klaren Zielsetzungen in planerische Routinen eingebettet wird und jungen Menschen reale Einflussmöglichkeiten eröffnet. Beide Initiativen beziehen viele Kinder und Jugendliche aus unterschiedlichen Einkommensschichten ein, geben ihnen die Möglichkeit, Themen zu wählen, die sie selbst betreffen, und - besonders wichtig - sorgen dafür, dass die ausgearbeiteten Themen zeitnah und möglichst entsprechend den Vorstellungen der Kinder und Jugendlichen umgesetzt werden.

7.3 Perspektiven zur Weiterentwicklung der Mitbestimmung in Wien

Die vorliegenden Ergebnisse beziehen sich auf einen begrenzten Ausschnitt der Wiener Partizipationslandschaft, konkret auf die bezirksbezogenen Kinder- und Jugendparlamente der Vereine Wiener Jugendzentren und Kinder- und Familienbund. Die Arbeit kann daher keine Gesamtbewertung aller Beteiligungsformate leisten, sondern exemplarisch auf Stärken und Entwicklungspotenziale in einem spezifischen Bereich hinweisen. Dennoch lassen sich aus den Fallstudien wichtige Hinweise ableiten, wie die Mitbestimmung von Kindern und Jugendlichen in Wien weiter gestärkt werden kann.

Partizipation ist in Wien rechtlich und strategisch verankert. Auffällig ist jedoch, dass gerade die bezirksbezogenen Kinder- und Jugendparlamente im Vergleich zu anderen, stärker sichtbaren Projekten wie der Kinder- und Jugendmillion eher unterrepräsentiert sind. Diese

Formate könnten daher stärker sichtbar gemacht, ausgebaut und strukturell gefestigt werden. Ein zentrales Kriterium für gelingende Mitbestimmung ist Niederschwelligkeit. Gerade bei anderen Formaten wie der Jugendmillion oder dem wienweiten Kinder- und Jugendparlament zeigen sich hier Grenzen. Bei der Jugendmillion wird ein hohes Maß an Engagement vorausgesetzt, und es werden nur ausgewählte Projekte realisiert. Das wienweite Kinder- und Jugendparlament stellt zwar eine sinnvolle Ergänzung zu den bezirksbezogenen Parlamenten dar, erreicht durch die Auslosung einer begrenzten Anzahl an Klassen und Gruppen jedoch nur einen kleinen Ausschnitt der jungen Bevölkerung. Es wäre daher zu prüfen, wie Auswahlverfahren und Teilnahmebedingungen so gestaltet werden können, dass die soziale und altersbezogene Vielfalt der Stadtgesellschaft besser abgebildet wird. Beide Formate bergen sonst das Risiko, dass vor allem ohnehin privilegierte und besonders aktive Gruppen profitieren.

Für eine inklusive Partizipation ist es nicht ausreichend, Kinder und Jugendliche als homogene Gruppe anzusprechen. Unterschiedliche Altersgruppen bringen verschiedene Perspektiven ein und eignen sich den Stadtraum auf jeweils spezifische Weise an. Bei den Wiener Jugendzentren wird vor allem die 7. Schulstufe erreicht, während der Kinder- und Familienbund auch Schüler:innen der Oberstufe einbindet. Damit sind beim Kinder- und Jugendparlament auf Bezirksebene bestimmte Altersgruppen stärker vertreten als andere. Gerade Volksschüler:innen sind dabei gar nicht einbezogen. Für diese Altersgruppe braucht es stärker altersgerechte, kreative und sinnlich konkrete Methoden wie spielerische Stadterkundungen. Der derzeit starke Fokus auf politisches Lernen, also Abstimmungen, Entscheidungsfindung und Konsensbildung, ist wertvoll, sollte jedoch um solche kreativen und erfahrungsorientierten Zugänge ergänzt werden, um insbesondere jüngere Kinder wirksam einzubinden.

Darüber hinaus wird deutlich, dass die Qualität von Partizipationsprozessen wesentlich von der Qualifikation der beteiligten Fachkräfte abhängt. Die Träger verfügen zwar über umfangreiche Erfahrung in der Offenen Kinder und Jugendarbeit, jedoch besteht bislang keine spezifische Ausbildung mit einem klaren Schwerpunkt auf Partizipation in Stadt- und Raumplanung. Systematische Fortbildungen zu kinder- und jugendgerechter Beteiligung in Planungsprozessen könnten dazu beitragen, die Schnittstelle zwischen sozialpädagogischer Praxis und Stadtentwicklung zu stärken und die Rolle der Fachkräfte als Vermittlerinnen und Vermittler zwischen Verwaltung, Politik und jungen Menschen weiter zu professionalisieren.

Schließlich stellt sich die Frage nach der Koordination. In den einzelnen Bezirken arbeiten unterschiedliche Jugendvereine, die den lokalen Kontext und die Jugendlichen gut kennen, was ein klarer Vorteil ist. Gleichzeitig deuten die Ergebnisse darauf hin, dass der Austausch

zwischen den Trägern und die gemeinsame Planung von Projekten noch ausbaufähig sind. Entsprechendes Potenzial besteht auch in der Zusammenarbeit mit Schulen, die als zentrale Schnittstellen zwischen Kindern, Jugendlichen und Stadtentwicklung fungieren. Eine systematische Evaluation der Kooperation sowie eine engere, längerfristig angelegte Zusammenarbeit mit Schulen könnte dazu beitragen, Beteiligungsprozesse besser abzustimmen und deren Wirkung zu erhöhen.

8. Conclusio: Zusammenfassung und Ausblick

Ausgehend von der Frage, wie Kinder und Jugendliche in Wien an Stadtentwicklungsprozessen mitbestimmen können, wurde zunächst ein theoretischer Rahmen zu Kinderrechten, kindgerechter Stadt und partizipativer Planung erarbeitet. Darauf aufbauend wurden zentrale Bedingungen für wirksame, nachhaltige und altersangemessene Beteiligung herausgearbeitet. Im empirischen Teil wurden zwei bezirkliche Kinder- und Jugendparlamente in Wien analysiert, bevor in der Diskussion Theorie und Empirie zusammengeführt und Perspektiven für die Weiterentwicklung der Mitbestimmung in Wien aufgezeigt wurden.

Die erste Forschungsfrage zielte darauf ab, wie partizipative Projekte gestaltet sein müssen, um wirksam, nachhaltig und altersgerecht zu sein. Die Literatur zeigt, dass Partizipation dann Wirkung entfaltet, wenn sie frühzeitig und kontinuierlich in planerische Routinen eingebunden ist, auf klar definierten Zielen beruht und jungen Menschen reale Einflussmöglichkeiten eröffnet. Wirksamkeit, Nachhaltigkeit und Altersangemessenheit entstehen nicht durch Einzelmaßnahmen, sondern durch das Zusammenspiel verschiedener Elemente: präzise Zielsetzungen, frühe und verlässliche Einbindung, ein entsprechendes Beteiligungs-niveau, die gezielte Ansprache unterschiedlicher sozialer Gruppen und Altersgruppen, alters- und kontextgerechte Methoden sowie institutionalisierte Rückmeldeschleifen. Diese theoretischen Bedingungen bilden den Maßstab, an dem die empirischen Beispiele in Wien gespiegelt wurden.

Die zweite Forschungsfrage untersuchte, welche Mitbestimmungsmöglichkeiten Kindern und Jugendlichen in der Wiener Stadtentwicklung derzeit offenstehen. Die Analyse hat gezeigt, dass Wien über eine breite Palette an Beteiligungsformaten verfügt und Partizipation rechtlich wie strategisch verankert ist. Im Fokus der Arbeit standen die bezirksbezogenen Kinder- und Jugendparlamente, die von zwei Trägern umgesetzt werden. Die Fallstudien legen nahe, dass diese Formate in besonderer Weise an „echte“ Mitbestimmung heranreichen. Kinder und Jugendliche können eigene Themen einbringen, erleben nachvollziehbare Prozesse von der Idee

bis zur Umsetzung und werden über Ergebnisse informiert. Gleichzeitig wurden Grenzen sichtbar, etwa in der Abdeckung verschiedener Altersgruppen.

Die Relevanz der Arbeit liegt zum einen darin, dass sie theoretische Ansätze zu Kinder- und Jugendpartizipation mit einem konkreten stadtpolitischen Kontext verknüpft. Sie zeigt, welche Rolle öffentliche Räume für die biografische und soziale Entwicklung von Kindern und Jugendlichen spielen und wie partizipative Verfahren dazu beitragen können, kindgerechte, demokratische und zukunftsfähige Städte zu gestalten. Zum anderen liefert sie praxisnahe Hinweise für die Wiener Stadtentwicklung, indem sie Stärken der bestehenden Partizipationsformate sichtbar macht und Entwicklungspotenziale aufzeigt, etwa bei der Ansprache unterschiedlicher Altersgruppen, bei der methodischen Ausgestaltung oder in der Zusammenarbeit zwischen Trägern, Verwaltung und Schulen.

Gleichzeitig ist die Aussagekraft der Ergebnisse begrenzt. Die empirische Analyse stützt sich auf zwei Trägerorganisationen und konzentriert sich auf ein spezifisches Beteiligungsformat, nämlich die Kinder- und Jugendparlamente auf Bezirksebene. Andere wichtige Akteur:innen und Formate, etwa weitere Jugendvereine, schulische Beteiligungsprojekte, die Kinder- und Jugendmillion oder das wienweite Kinder- und Jugendparlament, konnten nur am Rande berücksichtigt werden. Die Arbeit kann daher keine umfassende Bewertung der gesamten Wiener Partizipationslandschaft leisten, sondern liefert exemplarische Einblicke in ausgewählte Ausschnitte.

Für zukünftige Forschung und Praxis eröffnen sich daraus mehrere Anschlussmöglichkeiten. Um die Mitbestimmung von Kindern und Jugendlichen in Wien fundiert bewerten zu können, wäre es notwendig, weitere Jugendvereine, Bezirke und Beteiligungsformate systematisch zu analysieren und miteinander zu vergleichen. Dabei wäre es insbesondere interessant, die Perspektiven bislang unterrepräsentierter Gruppen, etwa jüngerer Kinder oder sozial benachteiligter Jugendlicher, stärker einzubeziehen und die Langzeitwirkungen von Beteiligungsprojekten auf Stadträume und politische Lernprozesse zu untersuchen. Eine solche vertiefte und breiter angelegte Analyse könnte dazu beitragen, die bislang punktuell vorhandenen Strukturen der Kinder- und Jugendpartizipation in Wien zu einer kohärenten, mehrstufigen Mitbestimmungsarchitektur weiterzuentwickeln.

Literaturverzeichnis

- Arnstein, S. R. (1969). A Ladder of Citizen Participation. *Journal of the American Institute of Planners*, 35(4), 216-224.
- Ataol, Ö., Krishnamurthy, S., & van Wesemael, P. (2019). Children's Participation in Urban Planning and Design: A Systematic Review. *Children, Youth and Environments*, 29(2), 27-47.
- Berman, M. G., Jonides, J., & Kaplan, S. (2008). The Cognitive Benefits of Interacting with Nature. *Psychological Science*, 19(12), 1207-1212.
- Blinkert, B. (2017). Kind sein in der Stadt. In *Kindsein in der Stadt* (S. 27-48). Verlag Barbara Budrich.
- Botchwey, N. D., Johnson, N., O'Connell, L. K., & Kim, A. J. (2019). Including Youth in the Ladder of Citizen Participation: Adding Rungs of Consent, Advocacy, and Incorporation. *Journal of the American Planning Association*, 85(3), 255-270.
- Bratman, G. N., Daily, G. C., Levy, B. J., & Gross, J. J. (2015). The benefits of nature experience: Improved affect and cognition. *Landscape and Urban Planning*, 138, 41-50.
- Broberg, A., Kyttä, M., & Fagerholm, N. (2013). Child-friendly urban structures: Bullerby revisited. *Journal of Environmental Psychology*, 35, 110-120.
- Bühler, P. (2012). Philippe Ariès (1914-1984), „Geschichte der Kindheit“ (1960). *KulturPoetik* (Göttingen), 12(1), 109-117.
- Carey, M. (2012). *Qualitative Research Skills for Social Work: Theory and Practice*. London: Rotledge.
- Checkoway, B. (2011). What is youth participation? *Children and Youth Services Review*, 33(2), 340-345.
- Cordero-Vinueza, V. A., Niekerk, F. (Femke), & van Dijk, T. (Terry). (2023). Making child-friendly cities: A socio-spatial literature review. *Cities*, 137, 104248.

- Cornwall, A. (2008). Unpacking 'Participation': Models, meanings and practices. *Community Development Journal*, 43(3), 269-283.
- Derr, V., Chawla, L., & Mintzer, M. (2018a). *Placemaking with children and youth: Participatory practices for planning sustainable communities* (First edition.). New Village Press: New York.
- Derr, V., Chawla, L., & Mintzer, M. (2018b). *Placemaking with children and youth: Participatory practices for planning sustainable communities* (First edition.). New Village Press: New York.
- Derr, V., & Tarantini, E. (2016). „Because we are all people“: Outcomes and reflections from young people's participation in the planning and design of child-friendly public spaces. *Local Environment*, 21(12), 1534-1556.
- Frank, K. I. (2006). The Potential of Youth Participation in Planning. *Journal of Planning Literature*, 20(4), 351-371.
- Fung, A. (2006). Varieties of Participation in Complex Governance. *Public Administration Review*, 66(s1), 66-75.
- Ghafoor-Zadeh, D., & Schreiber, V. (2021). Smarte Kindheiten: Wenn junge Menschen in das Blickfeld städtischer Regierungsweisen rücken. *Suburban*, 9(3/4), 57-82.
- Gill, T. (2021). *Urban playground: How child-friendly planning and design can save cities*. London: RIBA Publishing.
- Goldsmith, L. (2021). Using Framework Analysis in Applied Qualitative Research. *Qualitative Report*, 26(6), 2061-2076.
- Gross, A. (2014). *Creating a Framework for Participatory Practice*. University of Massachusetts.
- Hagemann, F. A., Sang, Å. O., & Randrup, T. B. (2024). Young people's participation in urban landscape planning and transformation: A scoping review of interactive approaches. *Socio-Ecological Practice Research*, 6(4), 433-454.

- Hultgren, F., & Johansson, B. (2019). Including babies and toddlers: A new model of participation. *Children's Geographies*, 17(4), 375-387.
- Jansson, M., Herbert, E., Zalar, A., & Johansson, M. (2022). Child-Friendly Environments—What, How and by Whom? *Sustainability*, 14(8), 1-26.
- Knowles-Yáñez, K. (2005). Children's Participation in Planning Processes. *Journal of Planning Literature*, 20, 3-14.
- Kogler, R. (2019). Räume für Kinder - Räume der Kinder. *Journal: Forum Wohnen und Stadtentwicklung*, 1, 11-14.
- Kränzl-Nagl, R., & Mierendorff, J. (2007). Kindheit im Wandel: Annäherungen an ein komplexes Phänomen. *SWS-Rundschau*, 47(1), 3-25.
- Lamnek, S. (2010). *Qualitative Sozialforschung: Lehrbuch* (5., überarb. Aufl.). Beltz.
- Lundy, L. (2007). „Voice“ is not enough: Conceptualising Article 12 of the United Nations Convention on the Rights of the Child. *British Educational Research Journal*, 33(6), 927-942.
- Lundy, L. (2018). In defence of tokenism? Implementing children's right to participate in collective decision-making. *Childhood* (Copenhagen, Denmark), 25(3), 340-354.
- Magistrat der Stadt Wien. (2012). *Praxisbuch Partizipation*. Wien: Online verfügbar unter: <https://www.digital.wienbibliothek.at/wbrup/download/pdf/4007813?originalFilename=true> (25.10.2025).
- Magistrat der Stadt Wien. (2025). *Die Wiener Kinder- und Jugendstrategie 2025-2030*. Wien: Online verfügbar unter: https://junges.wien.gv.at/documents/29454421/0/250916_Strategie2530_barrierefrei.pdf/4934a52b-5887-5d23-208c-9759f009ec3?t=1759320414396 (25.10.2025).
- Malone, K. (2015). Children's Rights and the Crisis of Rapid Urbanisation: Exploring the United Nations Post 2015 Sustainable Development Agenda and the Potential Role for

- UNICEF's Child Friendly Cities Initiative. *The International Journal of Children's Rights*, 23(2), 405-424.
- Mayring, P. (2022). *Qualitative Inhaltsanalyse: Grundlagen und Techniken*. Weinheim: Beltz.
- Moser, S. (2010). *Beteiligt sein: Partizipation aus Sicht von Jugendlichen*. Verlag für Sozialwissenschaften.
- Muri, G., & Friedrich, S. (2009). *Stadt(t)räume—Alltagsräume?*. Verlag für Sozialwissenschaften.
- Oswald, C. (2018). Kinder auf der Straße—Ein historischer Streifzug. *Sozialmagazin*, 14-20.
- Paus-Hasenbrink, I., & Kulterer, J. (2013). Kommerzialisierung von Kindheit. In *Handbuch Kinder und Medien*, 47-57.
- Ridder, H.-G. (2020). *Case Study Research*. Augsburg: Rainer Hampp.
- Riggio, E. (2002). Child friendly cities: Good governance in the best interests of the child. *Environment and Urbanization*, 14(2), 45-58.
- Sapsaglam, O., & Eryilmaz, A. (2024). Building Child-Friendly Cities for Sustainable Child Development: Child-Friendly City Scale-Child Form. *Sustainability*, 16(3), 1228.
- Schreiber, V., & Ghafoor-Zadeh, D. (2022). Stadt entdecken - Kindheit, Bildung und Ungleichheit. In Y. Franz & A. Strüver (Hrsg.), *Stadtgeographie: Aktuelle Themen und Ansätze* (S. 223–251). Springer.
- Silverman, R. M., & Patterson, K. (2021). *Qualitative research methods for community development* (2nd edition). Routledge.
- Stadt Wien. (2025). *Dialog auf Augenhöhe - Ein Leitfaden zur nachhaltigen Beteiligung von Kindern und Jugendlichen in Wien. Aktuelle Projekte*. Wien: Online verfügbar unter: <https://junges.wien.gv.at/projekte/> (26.10.2025).
- UNICEF. (2004). *Building Children friendly Cities. A Framework for Action* (S. 1-24). Online verfügbar unter: https://www.unicef.de/_cae/resource/blob/23352/ad5bb58279edc5326ee6df29d535793

3/-building-child-friendly-cities-a-framework-for-action--

data.pdf#:~:text=This%20document%20provides%20a%20framework%20for%20defining%20and,system%20of%20governance%20committed%20to%20fulfilling%20children%E2%80%99s%20rights (18.05.2015).

UNICEF. (2012). The State of the World's Children 2012. Online verfügbar unter: <https://www.unicef.org/reports/state-worlds-children-2012> (18.05.2025).

UNICEF. (2018). Shaping Urbanization for Children: A Handbook on Child-Responsive Urban Planning. Online verfügbar unter: https://www.unicef.org/media/47616/file/UNICEF_Shaping_urbanization_for_children_handbook_2018.pdf (18.05.2025).

United Nations. (2015). The 2030 Agenda for Sustainable Development. Online verfügbar unter: <https://www.un.org/sustainabledevelopment/development-agenda/> (19.05.2025).

Van der Graaf, S. (2020). The Right to the City in the Platform Age: Child-Friendly City and Smart City Premises in Contention. *Information (Basel)*, 11(6), 1-16.

WIENXTRA. (2025, Juni). Beteiligungsprojekte. Wien: Online verfügbar unter: <https://www.wienextra.at/jugendinfo/infos-von-a-z/beteiligungsprojekte/> (25.10.2025).

Zhaofan, W. (2025). Theoretical Origins, Evolutionary Stages, and Analytical Framework of Child-Friendly Cities: Research Prospects of All-Age-Friendly Cities from a Childhood Perspective. *Cheng Shi Gui Hua.*, 34(1), 19-30.

Zinnecker, J. (1990). Vom Straßenkind zum verhäuslichten Kind. In Behnken (Hrsg.), *Stadtgesellschaft und Kindheit im Prozess der Zivilisation: Konfigurationen städtischer Lebensweise zu Beginn des 20. Jahrhunderts* (S. 142-162). Verlag für Sozialwissenschaften.

Abbildungs- und Tabellenverzeichnis

Abbildung 1: Acht Stufen der Beteiligung (eigene Abbildung, nach Arnstein, 1969).....	16
Abbildung 2: Übersicht zu den sechs Bereichen der Analyse und ihrer Zusammenhänge (eigene Abbildung)	36
Tabelle 1: Übersicht über die Analysekategorien zur Partizipation (eigene Darstellung, 2025)	32
Tabelle 2: Framework zur Analyse (eigene Darstellung, 2025).....	37
Tabelle 3: Übersicht über die Kinder- und Jugendpartizipationsformate in den jeweiligen Bezirken (eigene Darstellung, 2025).....	41
Tabelle 4: Analysematerial (eigene Darstellung, 2025)	45

Anhang

Zustimmungserklärung & Datenschutzinformation

Vielen Dank, dass Sie sich bereit erklärt haben, als Expert:in ein Interview im Rahmen meiner Masterarbeit an der Universität Wien zu führen.

Für die Durchführung und Verwendung dieses Interviews ist laut Datenschutzgesetz (§ 7 Abs 2 Z 2 DSG) Ihre ausdrückliche Zustimmung erforderlich, da einzelne Aussagen unter Nennung Ihrer Funktion in der Arbeit zitiert werden können.

Das Interview wird aufgezeichnet, transkribiert und im Rahmen meiner wissenschaftlichen Arbeit ausgewertet. Abschlussarbeiten an der Universität Wien werden gemäß Universitätsgesetz veröffentlicht.

Die erhobenen Daten können von meinem Betreuer sowie von der/dem offiziellen Begutachter:in meiner Masterarbeit eingesehen werden und dienen ausschließlich wissenschaftlichen und prüfungsbezogenen Zwecken. Die Speicherung der Daten erfolgt gemäß Art. 89 Abs. 1 DSGVO unbegrenzt, sofern kein Widerruf erfolgt.

Widerrufsrecht: Sie können Ihre Zustimmung zur Verwendung des Interviews jederzeit widerrufen. Bereits verwendete Inhalte bleiben jedoch weiterhin rechtlich zulässig und werden nicht aus der Arbeit entfernt.

Darüber hinaus haben Sie das Recht auf Auskunft über Ihre gespeicherten personenbezogenen Daten, Berichtigung oder Löschung dieser Daten, Einschränkung oder Widerspruch gegen deren Verarbeitung, sowie auf Datenübertragbarkeit.

Wenn Sie Fragen zu dieser Erhebung haben, wenden Sie sich bitte gern an den Verantwortlichen dieser Untersuchung: Monika Dockner (a11715501@univie.ac.at).

Für rechtliche Fragen zur DSGVO im Zusammenhang mit studentischer Forschung kontaktieren Sie bitte den Datenschutzbeauftragten der Universität Wien: Dr. Daniel Stanonik, LL.M. (verarbeitungsverzeichnis@univie.ac.at).

Ich stimme der Verwendung meiner personenbezogenen Daten im Rahmen der wissenschaftlichen Arbeit hiermit zu.

Ort, Datum, Name

Interviewleitfaden zur Analyse von Projekten der Kinder- und Jugendpartizipation

EINFÜHRUNG

- Begrüßung und Dank für die Gesprächsbereitschaft
- Kurze Erklärung des Interviewziels:
- „Im Rahmen meiner Masterarbeit untersuche ich ausgewählte Projekte zur Kinder- und Jugendpartizipation in Wien. Ziel ist es, ein besseres Verständnis davon zu gewinnen, wie junge Menschen in kommunale Prozesse eingebunden werden.“
- Ablauf: ca. 45–60 Minuten, thematische Gliederung in sechs Kategorien
- Verwendung: Transkription, inhaltliche Analyse, vertrauliche Behandlung
- Liegt informed consent vor? Ja / Nein
- Kontext: Masterarbeit an der Universität... , bisherige Interviews mit XY, weitere geplant mit ...

Der Interviewleitfaden wird je nach Person leicht angepasst:

EINSTIEGSFRAGEN – ZUR PERSON UND ZUM PROJEKT

- Welche Funktion haben Sie innerhalb des Projekts _____ inne?
- Seit wann sind Sie mit dem Projekt _____ befasst?
- Können Sie kurz den Projektkontext skizzieren (Institution, Zielgruppe, räumlicher Rahmen)?

1. ZIELSETZUNG

- Welche Zielsetzung(en) verfolgt das Projekt _____?
- Wer hat die Zielsetzung formuliert?
 - Wurden Kinder und Jugendliche in diesen Prozess eingebunden?
- Gab es übergeordnete strategische oder politische Zielvorgaben?
- Hat sich die Zielsetzung im Projektverlauf verändert?

2. PLANUNGSPHASE

- Ab wann wurden Kinder und Jugendliche in die Planung einbezogen?
- Wie lange dauerte der Beteiligungsprozess insgesamt?

- Wurde die Partizipation, als einmaliges oder als wiederkehrendes Format konzipiert?
- Gab es eine transparente Kommunikation mit den Kindern oder Jugendlichen über Zeitrahmen, Aufgaben und Möglichkeiten?
- Wie wurde mit Zeitdruck, Ressourcenknappheit oder organisatorischen Hürden umgegangen?

3. BETEILIGUNGSNIVEAU

- In welcher Form konnten sich Kinder und Jugendliche beteiligen (informiert, konsultiert, mitentscheidend, eigenständig)?
- Wurde Verantwortung an Kinder/Jugendliche übertragen?
 - Und wenn ja welche?
- Wie wurde mit Uneinigkeit oder Konflikten im Entscheidungsprozess umgegangen?

4. TEILNEHMENDE

- Wer nahm teil? Welche Altersgruppen waren vertreten?
- Wie wurden die Kinder und Jugendlichen erreicht und zur Teilnahme motiviert?
 - Gab es Maßnahmen zur Erreichung marginalisierter Gruppen (z. B. sprachliche, soziale, kulturelle Diversität)?
- Wer war auf erwachsener Seite beteiligt (Organisationen, Fachkräfte)?
 - Hatten diese eine spezielle Ausbildung oder Erfahrung im Bereich Partizipation?
- Wie wurden Eltern, Schulen oder andere Akteure einbezogen?

5. METHODEN

- Welche Beteiligungsmethoden wurden eingesetzt (z.B. Workshops, digitale Tools, kreative Formate)?
 - Warum wurden diese Methoden gewählt?
- Wer hat die Methoden ausgewählt?
 - Gab es Raum für Mitgestaltung oder Auswahl durch Kinder/Jugendliche?
- Welche Herausforderungen oder Kritik gab es bei der Umsetzung?

6. EVALUATION UND WIRKUNG

- Was hat Sie beim Projekt besonders überrascht?
- Wie schätzen Sie die Wirkung des Projekts ein?
 - Was hat sich aus Ihrer Sicht durch das Projekt verändert?
- Gab es Kriterien oder Indikatoren zur Erfolgsmessung?
 - Wurden diese gemeinsam mit Kindern/Jugendlichen definiert?
 - Wurden Ergebnisse dokumentiert und sichtbar gemacht?
- Gab es eine Rückmeldung an die teilnehmenden Kinder/Jugendlichen?
- Wurden Strukturen geschaffen, um Ergebnisse weiterzutragen oder den Partizipationsprozess langfristig zu verankern?

ABSCHLUSS

- Wo sehen Sie das besondere Potenzial von Kinder- und Jugendpartizipation – bezogen auf Prozesse, Ergebnisse oder persönliche Entwicklung?
- Welche strukturellen oder praktischen Hürden bestehen aus Ihrer Sicht aktuell in Wien bei der Umsetzung von Beteiligungsprojekten?
- Gibt es noch etwas, das Sie zum Projekt oder zur Kinder- und Jugendpartizipation allgemein anmerken möchten?
- Haben Sie Hinweise auf weitere Personen oder Projekte, die für meine Forschung interessant sein könnten?